

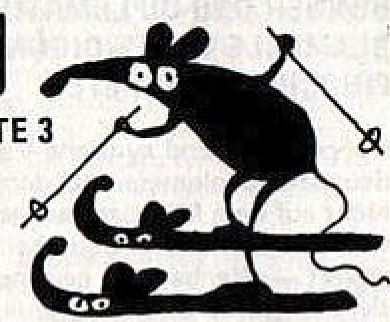
Nr. 12/X
1o. Februar 1976

Einzelpreis DM 1.50
Monatsabo DM 9.00

A 4741 B

„stern" Forschung über „Lächeln am Arbeitsplatz"

SEITE 3



Erscheint jeden Dienstag und Freitag in Westberlin

Uniform-Groteske: Wie politisch sind DGB-Meetings?

LEBER UND DIE BUNDESWEHR / Seite 9

Einheits-Debatte: Soares-Absage an linkes Europa

GEHORSAMER SPD-ZÖGLING / Seite 10

Olympiade Innsbruck: Wie ich „Terrorist" wurde

DIE ERLEBNISSE DES PROFESSORS ELMAR ALTVATER / SEITE 11



NACHRICHTEN

BONNER UNO-DIPLOMATIE: BLAMABLE VERTEIDIGUNG DER PINOCHET-FASCHISTEN

Die peinliche und zynische Vorstellung bundesdeutscher Diplomaten bei der UNO – sicherlich nicht auf dem Mist der dortigen Vertreter gewachsen, sondern in Genschers Außenamt konzipiert – offenbart die neueste Ausgabe der von der Evangelischen Kirche herausgebrachten „Entwicklungspolitik". Sie berichtet über die Hintergründe der Anti-Chile-Resolution des Sozialausschusses der Vereinten Nationen, die im November letzten Jahres verabschiedet wurde, wobei der bundesdeutsche Vertreter, Dietrich von Kyaw, bis zuletzt einen Boykott der Resolution versuchte.

Die evangelische Korrespondenz: „In Kenntnis sämtlicher Details machte er sich nach Aussagen von Vertretern blockfreier Staaten zum ‚Verteidiger der faschistischen Junta'. Zwar stimmte die Bundesrepublik nach wochenlangen Versuchen, die ursprüngliche Fassung zu verwässern, angesichts der erdrückenden Mehrheit der Resolution doch noch zu; die Positionen aber, die sie in den Verhandlungen vertrat, sind interessant. Zusammen mit den Vertretern Großbritanniens und Österreichs war die Bundesrepublik der Meinung, daß es im besonderen ‚Beweise aus erster Hand, gesammelt im Lande selbst', bedürfe. Außerdem schlugen sie vor, ‚zu berücksichtigen, daß die chilenischen Behörden einige positive Schritte zur Verbesserung der Menschenrechtssituation unternommen hätten, beispielsweise die Freilassung einer bestimmten Zahl politischer Gefangener, die Erleichterung des Ausnahmezustandes, die Unterwerfung von Urteilen der Militärgerichte unter die Aufsicht des obersten Gerichtshofes und die Einführung von Maßnahmen, die darauf abzielen, geheime Verhaftungen zu vermeiden."



Mit anderen Worten: Die Bundesrepublik wollte die Pinochet-Clique dafür öffentlich gelobt wissen, daß sie ihr Folterregime jetzt kaschierte. Der Versuch, die Resolution mit dem Hinweis, daß eigene Erkenntnisse nicht gesammelt werden konnten, zu torpedieren, ist besonders makaber: Chile hatte der UNO-Delegation die Einreise verweigert.

CSU-BALL: SPENDEN VON INDUSTRIE UND DEM HAUS HABSBURG

Zum „finanziellen Gelingen" des „Balles der CSU", der am 29. Januar im „Deutschen Theater" zu München stattfand, trugen zahlreiche prominente Firmen durch Sach- und Geldspenden bei. Es spendeten u.a. „Seine Königliche Hoheit", Otto (von) Habsburg, der Fußballverein FC Bayern München, Bogner-Moden (Ski), Dior, die Wienerwald-Betriebe, die BMW, die Togal-Werke, der Süddeutsche Verlag (Süddeutsche Zeitung), die Commerzbank, Telefunken, Kaufhof AF, die Brauerei Aying, die Sektkellerei Nyhmphenburg, Sarotti-Schokolade sowie Arnold & Richter.

EPPLER: ARZTHONORARE „STUFENWEISE" ABBAUEN

Eine „gründliche Umgestaltung" der ärztlichen Gebührenordnung hat der SPD-Spitzenkandidat zur baden-württembergischen Landtagswahl am 4. April, Erhard Eppler, gefordert. Die S[...] trete dafür ein, sagte Eppler, daß die „zentralen ärztlichen Leistungen" wie Beratung und Hausbesuche im Vergleich zu technischen Verrichtungen besser honoriert würden. Die SPD wünsche gleichzeitig, die „überhöhten Einkommenszuwächse" der Ärzte stufenweise abzubauen. Eppler verwahrte sich in diesem Zusammenhang gegen die Kritik der Ärzteorganisationen. Er habe nie behauptet, daß die Arzthonorare allein für die Kostenexplosion im Gesundheitswesen verantwortlich seien. Die Arzthonorare seien jedoch ohne Zweifel einer der Ursachen für die rapide Verteuerung. Das werde im übrigen von den Ärz-



t...selber nicht mehr bestritten. Er, Eppler, verstehe nicht, warum es „eine Beleidigung sein soll, öffentlich über Ärzteeinkommen zu reden. Es ist ja eine Selbstverständlichkeit unserer Gesellschaft, auch über die Einkommen der Metallarbeiter, der Bauern, der Abgeordneten und anderer Berufe zu diskutieren." Der SPD-Spitzenkandidat sprach sich in diesem Zusammenhang für gesetzliche Regelungen aus, um die ärztliche Unterversorgung der ländlichen Gebiete zu mildern. Es sei bedauerlich, daß die Ärzte dieses Problem nicht von sich aus lösen könnten.

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT UND DIE „FUNKTION DES LÄCHELNS AM ARBEITSPLATZ"

Dauerarbeitslosigkeit für Jugendliche, arbeitslose Lehrer bei überfüllten Schulklassen wie überhaupt die Unfähigkeit des Systems, der Industriejugend von heute irgendeine Perspektive für Morgen zu bieten, animiert die bundesdeutschen Systemideologen zu skurilen Ablenkungsmanöver. Jüngstes Beispiel bietet die gegenwärtig wieder angelaufene Beschäftigungstherapie der „Stiftung Jugend forscht e.V.", einem Förderungswerk der Illustrierten „Stern", der Industrie, der Schulverwaltungen und der Bundesregierung „für den naturwissenschaftlichen Nachwuchs".

Aus einer Pressemitteilung der Stiftung vom Wochenende:

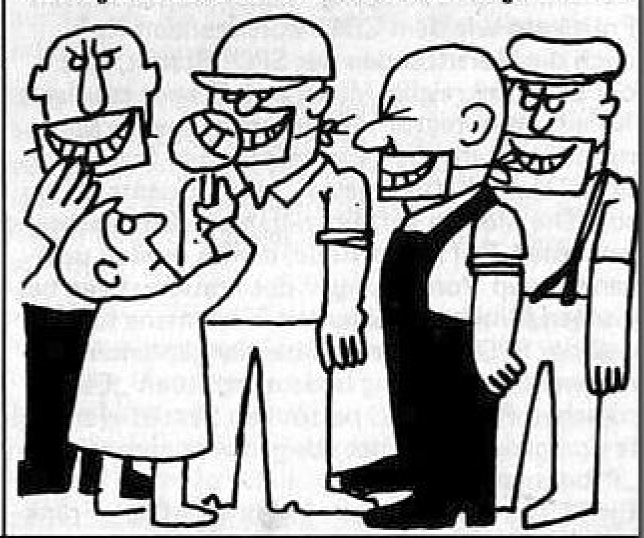
„Zum 11. Wettbewerb ‚Jugend forscht 76' haben sich 1010 Jungen und Mädchen im Alter von 10 bis 21 Jahren angemeldet.

Ihre Arbeiten werden im Februar auf 20 Regionalwettbewerben, die von der Industrie ausgerichtet und finanziert werden, von Fachjuroren begutachtet. Das Spektrum der naturwissenschaftlichen Arbeiten ist sehr breit: So meldet der 20jährige Norbert Zacharias aus Schleswig-Holstein neue Erkenntnisse über die Bedeutung von Sonnenflecken an, ein Thema, das Wissenschaftler gerade jetzt wieder stark diskutieren. Das Problem von Entführungen hat Martin Homuth (17) aus Berlin beschäftigt, er macht wahrscheinlichkeitstheoretische Aussagen über den Aufenthaltsort von entführten Personen. Die Aufgaben und Funktionen des Lächelns im Arbeitsleben des Menschen untersucht Rainer Hahn (20) aus Bayern."

Als Preis winken den Gewinnern nicht nur Industriespenden in Höhe von 215.850 DM, sondern auch Ausnahmeregelungen bei der Hochschulzulassung in numerus-clausus-Fächern. Die bundesdeutsche Kultusministerkonferenz prüft eine Sanktionierung dieses verlockenden Industriepreises, der SPD-Bildungsminister Rohde hat sie bereits befürwortet. Sollte das Beispiel Schule machen, ist damit zu rechnen, daß die veranstaltende Industrie den erfolgreichsten Jugendforschern in Sterndeuterei, Terroristenbekämpfung und Arbeitsplatz-Lächeln anbieten wird, worauf gegenwärtig 120.000 registrierte Jugendliche bis zum Alter von 20 Jahren vergeblich warten: einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz an ihren Fließbändern.

Der Sozialdemagoge vom Dienst in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Katzer, umriß diese Szene am letzten Freitag in seinem Fraktionspressedienst wie folgt:

„Das Ausmaß der von der Misere der Arbeits- und Ausbildungsplätze betroffenen Jugendlichen wird mit der zahlenmäßigen Angabe von ca. 120.000 jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren noch verharmlost. Denn in keiner anderen Altersgruppe gibt es so viele nichtregistrierte Arbeitslose wie bei den Jugendlichen.



Schätzungen z.B. des Mannheimer Arbeitsamtes in der Fernsehsendung ‚Brennpunkt', sprechen von einer doppelten bis dreifachen Anzahl arbeitsloser Jugendlicher. Von den Jugendlichen, die eine Beschäftigung gefunden haben, erhält ein großer Teil keinen Ausbildungsplatz oder nur eine Ausbildung in einem Beruf ohne Zukunftschancen, nach deren Abschluß keine Weiterbeschäftigungsmöglichkeit verbleibt oder nur der Weg in den Anlernberuf offensteht. Diese beruflichen Aussichten haben viele Jugendliche entwurzelt und in die Kriminalität und in den Alkoholismus getrieben."

Der angerichtete Schaden sei unübersehbar und kaum gut zu machen. Von den 300 Millionen DM, die die Bundesregierung jüngst in einem „Sofortprogramm" zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereitgestellt hat und die zum Teil auch noch Unternehmern als Anreizprämie für die Beschäftigung Jugendlicher feilgeboten werden, kommen auf jeden registrierten jugendlichen Arbeitslosen rund 200 DM. Das gleichzeitig verabschiedete Sofortprogramm für Unternehmer — eines unter vielen — bringt durch den steuerlichen Winkelzug des „Verlust-Rückertrages" eine Steuerfreiheit bis zu Umsätzen von 5 Millionen DM bei der Bemessung der Einkommens- und Körperschaftssteuer, sofern diese Umsätze aus einem Vorjahr stammen, in dem der Unternehmer in seiner Bilanz „Verluste" ausweist.

DAS „EUROPA" VON UNTEN UND DAS VON OBEN: JUSOS IN PARIS, BRANDT IN BRÜSSEL

Am Donnerstag und Freitag letzter Woche äusserten sich in Brüssel vor dem „Kongreß der Europäischen Bewegung" neben konservativen Politikern wie dem CDU-Vorsitzenden Kohl auch die Vorsitzenden der SPD, Brandt, und der SP Frankreichs, Mitterand. Brandt plädierte für ein „vereinigtes" Westeuropa, das die Summe der bestehenden kapitalistischen Staaten und Gesellschaften dieses Teilkontinents bilden soll. Die Medien verzeichneten als den beachtenswertesten Teil seiner Rede, die im großen und ganzen den Vorstellungen des konservativen belgischen Ministerpräsidenten Tindemans folgte, daß der SPD-Vorsitzende bei der geplanten Direktwahl zum bislang bedeutungslosen „Europäischen Parlament" persönlich kandidieren wolle und gleiches von der übrigen westeuropäischen „Prominenz" erwarte.
Einen Tag darauf sprach Mitterand. Die „Frankfurter Rundschau" berichtete verärgert, Mitterand habe mit „ironischen Bemerkungen zu der Rede des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt" die „Trennungslinie innerhalb der Linken der EG-Staaten" unterstrichen. Und: „In europäischen und SPD-Kreisen wird Mitterands Aggressivität zum Teil auf innenpolitische Motive, zum Teil aber auch auf seine Persönlichkeitstruktur zurückgeführt." Brandt habe sich auf einer Pressekonferenz eine „Gegenerklärung" verkniffen. Mitterands „Aggressivität" habe darin bestanden, daß er gegen ein Westeuropa unter der Diktatur der privaten Konzerne plädiert und stattdessen die „Interessen der ‚Arbeiter' hervorgehoben" habe. Weder zu den Konzernen, noch zu den Arbeiterinteressen habe Brandt, so Mitterand, etwas geäußert.
Dem „Tindemans-Plan" hat gleichzeitig vor [illegible] dänischen Parlament der SP-Vorsitzende und Ministerpräsident dieses Landes, Jörgensen, eine Absage erteilt: Die dänischen Sozialdemokraten wünschten keinen „Europäischen Bundesstaat".

Während in den SP-Spitzen Westeuropas die Polarisierung zwischen der pro- und anti-kapitalistischen Fraktion anhält, intensiviert sich auf der Mitgliederebene die Zusammenarbeit: Der Juso-Unterbezirk Bonn hat seine Gespräche mit der Föderation Paris der Sozialistischen Partei Frankreichs, der Sozialistischen Jugend Frankreichs und der Sozialistischen Studentenorganisation fortgesetzt. Diese Gesprächskontakte bestehen seit 1974. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es: „Sie (die Pariser und die Bonner Sozialisten) haben sich erneut entschieden gegen die Repressionen gewandt, von denen zahlreiche Linke im öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik sowie politisch und gewerkschaftlich Aktive in Frankreich wegen ihres Einsatzes für die Demokratisierung der Armee betroffen sind: Sie haben beschlossen, ihre poli[illegible]schen Aktivitäten zu koordinieren, um dem Abbau der Grundrechte entgegenzutreten, die in der Verfassung beider Länder garantiert sind. Sie fordern, daß die in der Sozialistischen Internationale vereinigten Parteien sich für die Durchführung einer gleichzeitigen internationalen Kampagne für die Verteidigung der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit in ihren Ländern einsetzen."

Sowohl der französische Sozialistenführer Mitterand wie auch die SPD-Jusovorsitzende Wieczorek-Zeul äußerten sich bei Abschluß des Parteitages der französischen KP positiv zu deren

programmatischen Festlegungen auf ein breiteres Bündnis aller antikapitalistischen Kräfte, die beide nicht für taktische Winkelzüge halten.

„VORWÄRTS" MIT BRIGITTE SEEBACHER?

Um den freiwerdenden Chefredakteursposten des sozialdemokratischen Zentralorgans „Vorwärts" bemüht sich offenbar die gegenwärtige Chefin des Westberliner SPD-Organs „Berliner Stimme", Brigitte Seebacher. Die im Juso-Alter befindliche Seebacher, auf dem äußersten rechten Flügel der Partei stehend und den linken Flügel der Partei stets als lästig empfindend, will Nachfolger des profilierten Journalisten und Linksliberalen Gerhard Gründler werden, der — frustriert von der SPD-Presse-Entwicklung — wieder nach Hamburg zurückkehrt, wo er bei seiner früheren Arbeitsstätte, dem „stern-magazin", Reporter werden wird.

Brigitte Seebacher gilt neuerdings als Günstling des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Koschnick, Bürgermeister in Bremen, der jüngst häufig in Westberlin gesehen wird und in der „Berliner Stimme" ebenso häufig Zitierungen oder Porträtierungen für wert befunden wurde. Brigitte Seebacher kommt ebenfalls aus Bremen.

KÖLN: BÜRGERINITIATIVE SIEGT GEGEN BUNDESWEHR

Mit Erfolg hat sich die Bürgerinitiative Erftkreis gegen die Errichtung eines Truppenübungsplatzes in Frechen-Bachem bei Köln zur Wehr gesetzt. Ihr wurde jetzt sowohl vom Bundesverteidigungsministerium als auch vom Landrat des Erftkreises, Dr. Worms, schriftlich mitgeteilt, die Bundeswehr verzichte darauf, im Raum Frechen einen Übungs- und Schießplatz anzulegen.

Die Bundeswehr habe durch den Druck der Öffentlichkeit von ihrem Projekt Abstand genommen, betonte die Bürgerinitiative auf einer Mitgliederversammlung. Es sei jedoch zu befürchten, daß sie im Raum Köln ein anderes Gebiet mit Beschlag belegt. Im Gespräch ist bereits der Nüssenberger Busch in Köln-Bocklemünd, der schon jetzt als Schießplatz von Bundeswehreinheiten benutzt wird. Die Bürgerinitiative will deshalb auch weiterhein aktiv bleiben.

Das vor dem Zugriff der Bundeswehr bewahrte Naherholungsgebiet in Frechen-Bachem sollte nun weiter ausgebaut werden, verlangt die Bürgerinitiative. Im Sommer wird die Intiative für die Bevölkerung dort ein großes Fest veranstalten.

BREMEN: NACH ZENSUR PROTEST GEGEN ZENSUR ABGESETZT

Die Redakteure von Radio Bremen verurteilen die Dienstanweisung des Intendanten, die einen Beitrag für die Hörfunk-Sendung „Im Blickpunkt" am 31. Januar 1976 verhinderte. Sie sehen darin eine ungerechtfertigte Zensurmaßnahme. In diesem Beitrag sollte über die Beschlagnahme des Schulfunk-Beiheftes 1/1976 durch die Bremer Staatsanwaltschaft am 26. Januar berichtet werden (siehe ED 9/X). Die Blickpunkt-Redaktion wollte Interviews mit der Anzeigenerstatterin (der Bremer Rechtsanwältin Karin Stieringer) und mit den Herstellern des satirischen Plakats zum § 218-Urteil des BVG senden. Der Redaktionsausschuß von Radio Bremen hält nicht nur die Beschlagnahme der Programm-Broschüre, sondern auch das Intendanten-Verbot, zu senden, für einen Eingriff in die Rundfunkfreiheit.

BAYERNS KULTUSMINISTER Maier (CSU) verlor seinen Prozeß gegen das DGB-Jugendmagazin „ran". Die Jugendzeitschrift hatte ein von der CSU herausgegebenes Propagandablatt der Unwahrheit bezichtigt, Maier wegen Verleumdung geklagt. Im CSU-Blatt wurde eine Berufsschulklasse vorgestellt und behauptet, von den 28 Schülern besäßen 20 ein Auto. Das Landgericht Köln wies die Klage Maiers zurück, da die CSU keinen Wahrheitsbeweis erbringen konnte.

DIE BEZIRKSKONFERENZEN der ÖTV in Hessen und Nordrhein-Westfalen forderten nahezu einstimmig die völlige Streichung des Ministerpräsidentenerlasses. In NRW gab es bei über 300 Delegierten nur drei Gegenstimmen.

ZUM DRITTEN MAL wurde der AStA der Universität Konstanz wegen Wahrnehmung des politischen Mandats verurteilt. Auf Antrag eines RCDS-Mitglieds wurde er vom Verwaltungsgericht zu 1 000 DM Geldstrafe verurteilt, weil er im letzten Jahr zur Maikundgebung des DGB aufgerufen hatte.

ÖTV-KLUNCKER ENTHÜLLT CDU/CSU-GEHEIMPAPIER

Als den Versuch einer „Einschränkung grundgesetzlich garantierter Rechte" hat der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Heinz Kluncker, ein Geheimpapier der CDU/CSU zur angeblichen „Neuordnung" des öffentlichen Dienstes zurückgewiesen. Das unter Vorsitz des CDU-Bundestagsabgeordneten Friedrich Vogel erarbeitete Papier enthält nach Mitteilung Klunckers außer Vorschlägen für eine weitgehende Privatisierung des öffentlichen Dienstes Pläne zur Einschränkung des Streikrechts für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Wie Kluncker im einzelnen mitteilte, will die CDU/CSU ein Regierungsabkommen zwischen Bund und Ländern mit dem Ziel erreichen, für die Zeit von 1. Januar 1977 bis zum 31. Dezember 1980 jede Strukturverbesserung im „Tarifbereich öffentlicher Dienst" auszuschließen. Dieser Versuch, die Tarifautonomie außer Kraft zu setzen, solle durch eine „Neuordnung" des Arbeitskampfrechtes für den Bereich des öffentlichen Dienstes flankiert werden.

Kluncker wies darauf hin, daß das CDU-Papier „wegen seiner Brisanz" offenbar nicht einmal allen CDU/CSU-Abgeordneten zugänglich gemacht worden sei. Er richtete an den CDU-Abgeordneten Vogel die Frage, warum er den Wortlaut des Papiers nicht veröffentliche, „wenn es das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen braucht?"

Nach den bisher bekannt gewordenen Einzelheiten strebt die CDU an, in wesentlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes von Versorgungs- und Verkehrsbetrieben bis zu Kranken- und Pflegeanstalten das Streikrecht völlig auszuschließen. „Strukturelle" Besoldungsverbesserungen im öffentlichen Dienst der BRD sollen bis 1980 grundsätzlich ausgesetzt werden.

ASTA-WAHLEN: DER TREND IST NICHT EINHEITLICH

An der Uni Bremen konnten MSB Spartakus und SHB Stimmengewinne erzielen. Der MSB gewann mehr als 5% hinzu (jetzt 29,5 %), der SGB mehr als 4% (jetzt 24,2%). Die Jusos hielten sich mit 12,4 % in etwa. Die maoistischen Gruppen verloren 8,5% und halten jetzt (KSV und KSB) zusammen über 33,9 %. – In FREIBURG gewannen die gewerkschaftlich orientierten Gruppen der GEW und der ÖTV, der SHB und der Liberale Hochschulverband, die jetzt wieder den AStA stellen: GEW 9, LHV 4, SHB 3. Der MSB verlor seinen einzigen Sitz, die Maoisten verloren ebenfalls einen. – In MANNHEIM büßten die rechten „Demokraten 70" zwar Stimmen ein, blieben aber stärkste Gruppierung (49,9 – 47,2%). Die Jusos nahmen von 33,4 auf 36,8% zu. Die Rechte hat jetzt 14, die Linke 11 Sitze. Da hier das Mehrheitswahlrecht gilt, fielen andere Gruppen unter den Tisch.

Ihre Position an den Hochschulen konnten die Jungsozialisten weiter ausbauen. Bei den Studentenparlamentswahlen an der Universität Kiel, der größten Hochschule in Schleswig-Holstein, gewann die Jungsozialisten-Hochschulgruppe die absolute Mehrheit. Bei einer Wahlbeteiligung von 47 % erhielten die Jungsozialisten 11 Sitze, die rechtsgerichtete Gruppe „Studenten für das Grundgesetz" 10 Sitze. Der „Ring Christlich Demokratischer Studenten" blieb ohne einen Sitz.

Die Wahl an der Universität Kiel ist deshalb von überregionaler Bedeutung, weil mit dem Allgemeinen Studentenausschuß der Universität Kiel der „Kommunistische Bund Westdeutschlands" den letzten größeren AStA verloren hat. Die Jungsozialisten-Hochschulgruppen rechnen angesichts der reaktionären Politik der schleswig-holsteinischen Landesregierung mit verstärkten Auseinandersetzungen zwischen der Regierung Stoltenberg und der dortigen Studentenschaft. Dabei dürfte vor allem die Frage der politischen Meinungs- und Informationsfreiheit der Studentenschaft umstritten sein, da Schleswig-Holstein einsamer Vorreiter bei der Praktizierung eines Ordnungsrechts ist, das selbst Ansätze politischer Betätigung negativ berührt.

FÜR SIEMENS-AKTIONÄRE KEINE KRISE: 16% DIVIDENDE

Für die Aktionäre von Siemens, dem fünftgrößten Elektrokonzern der Welt, hat die kapitalistische Krise nicht stattgefunden: Unverändert erhalten die Aktionäre auch für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 16 Prozent. Der tatsächliche Konzerngewinn liegt mit 24,40 DM je 50-Mark-Aktie noch viel höher. Durch Rückstellungen von insgesamt 5,58 Milliarden DM wurde er von der Konzernleitung wieder reduziert.

Den Umsatz konnte Siemens im abgelaufenen Geschäftsjahr um 18,9 Milliarden DM steigern. Zugleich wurde die Belegschaft in den BRD-Siemenswerken um sechs Prozent auf 207 000 Arbeiter und Angestellte abgebaut. Diese Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen soll auch 1976 fortgesetzt werden. Allein im ersten Quartal wird die Belegschaft um 4000 weitere Arbeiter und Angestellte schrumpfen.



DÜSSELDORF: PINOCHET-JUNTA WILL IN DER MESSE FEIERN

Den Auftritt einer juntatreuen Singe- und Folkloregruppe aus Chile in Düsseldorf wollen Repräsentanten und Sympathisanten des faschistischen Regimes zu einer Jubelveranstaltung für die Junta gestalten. Am kommenden Freitag (13. Februar) soll in den Räumen der Neuen Messe in Düsseldorf die Junta-Fete stattfinden, bei der auch der Botschafter Chiles als Redner auftreten will. Eingeladen sind persönlich geladene Gäste, vor allem aus kapitalistischen Wirtschafts- und Bankierskreisen.

BUNDESWEHR MIT ZUVIEL BERUFSOFFIZIEREN

Der Bundestags-Haushaltsausschuß und das Leber-Ministerium müssen sich derzeit mit einem Rüffel des Bundesrechnungshofes befassen: In der Bundeswehr, so errechneten die Kassenprüfer, gibt es zuviele Berufsoffiziere, was wiederum zuviel Geld bei den Personalausgaben koste. Hardthöhen-Krieger und SPD-Haushaltsexperten beeilten sich zu beteuern, daß diesem Problem nur ,,langfristig'' abzuhelfen sei, nämlich durch das überproportionale Ausscheiden älterer Offiziere auf dem Wege der normalen Pensionierung. Zugleich aber hatte der Rechnungshof gerügt, daß eben diese Berufsoffiziere mit zu jungen Jahren pensioniert würden, was ebenfalls eine Geldverschwendung sei (hohe Bundeswehr-Chargen können bereits um die fünfzig mit voller Pension aus der Staatskasse in ein meist zweites Gehalt bei der Privatwirtschaft entfliehen). Durch diese widersprüchlichen Rügen — durch längere Dienstzeit verringere sich der natürliche Abbau der überflüssigen Offiziere — werde zudem ein ohnehin schon vorhandener ,,Beförderungsstau bei Hauptleuten, Majoren und Oberstleutnanten'' verstärkt.

(ED) Man reibt sich die Augen: In einer Zeit Tausender arbeitsloser Lehrer wegen staatlichen Geldmangels trotz Lehrermangels an den Schulen gibt es solche Pseudo-Probleme bei der Bundeswehr, die man zur Wahrung des ,,Besitzstandes'' der Herren Offiziere selbstverständlich auch nicht im Ansatz so rigoros auflösen kann wie das bei den Lehrern einfach kaltschnäuzig praktiziert wird. Arbeitslose Lehrer sind zu verkraften, arbeitslose Offiziere selbstverständlich nicht. Und noch was: Wie kann es überhaupt zu zuviel Offizieren kommen? Entweder man brauchte soundsoviel Oberste und Generäle oder man brauchte sie nicht. Wer hat denn da aus welchen Gründen diese Leute in diese Ränge hineinbefördert? Was heißt hier ,,Beförderungsstau'' bei den darunter liegenden Chargen? Werden die Beförderungen (und damit entsprechend höhere Dienstanforderungen) gebraucht oder wird man in der Bundeswehr befördert (was den Staat entsprechend mehr Geld kostet), weil man sich seine Epauletten mit den Jahren ersitzt? Oder sind die kostspieligen Beförderungen gar nur das Valium der Führung, um die politische Gefahr eines solchen Potentials unzufriedener Aufsteiger an den Schalthebeln eines militärischen Apparates ,,ruhigzustellen''?

LABOUR-COMMITTEE-LEUTE WEGEN BRANDT-BELEIDIGUNG VERURTEILT

Zwei Funktionäre der ,,European Labour Committees'', denen man CIA-Nähe nachsagt, wurden von einem Wiesbadener Schöffengericht wegen Beleidigung zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten und 2000 DM Geldbuße bei Aussetzung der Strafe verurteilt. Ein dritter Funktionär erhielt 500 DM Geldbuße. Der Richter begründete das Urteil mit der Bemerkung: ,,So kann man mit dem politschen Gegner nicht umgehen''.

In den Zeitschriften und Flugblättern der Sekte wurde der SPD-Vorsitzende Willy Brandt als ,,Nürnberg-Verbrecher'', ,,Sozialfaschist'' und ,,Handlanger der CIA'' bezeichnet.

MAHNUNG AN ABONNENTEN IM RÜCKSTAND

Einer Reihe von Exemplaren dieser Ausgabe liegen Zahlkarten bei all jenen Abonnenten bei, die noch Zahlungen für ihr Abonnement aus dem Jahre 1975 zu leisten haben und deren Namen mit den Buchstaben A bis K beginnt. Wir bitten um eine umgehende Überweisung der auf den Zahlkarten verzeichneten Beträge.

MEINUNG

AUF HANNOVERS BÜHNE: LETZTER AKT DER TENDENZWENDE

CLG. — Die Vorgänge in Niedersachsen sind nur scheinbar eine karnevalistische Zeiterscheinung oder „ein der Demokratie unwürdiges Spiel anonymer Dunkelmänner". In Wirklichkeit dokumentiert sich im Hannoveraner Landtag auf völlig offener Bühne der harte Kern dessen, was unkorrekt oft als „Tendenzwende" bezeichnet wird, tatsächlich aber die restliche Eliminierung der linksliberalen Reformperiode der deutschen Nachkriegspolitik darstellt. Alle drei in den diversen Parlamenten vertretenen Parteien haben mit einem scheinbaren „Rechtsruck" diese Kurskorrektur vollzogen, einige in den Parteien gehen für sich persönlich noch weiter und wechseln auch, offen oder heimlich, die bisherige Gruppe. Die bundesdeutsche Politik knüpft an die Periode der Restauration nach dem „Schock der Umerziehungszeit" fugenlos an. Kalter Krieg nach außen und innen, Verteidigung des imperialistischen Machtbereichs nach außen als Substitut der USA, Verteidigung der herrschenden ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen nach innen als Sachwalter der faktisch Herrschenden.

Solche Wahrheiten sind unbequem, vor allem für die große Gruppe jener, die im Jahre 1972 in der Person Brandts und seiner Kanzlerschaft sowie in seiner Partnerschaft mit der Scheel-FDP das goldene Zeitalter eines „freiheitlichen Sozialismus" erst in der Bundesrepublik als europäischem Kernstück und dann schließlich in ganz Westeuropa — und eventuell Osteuropa — am Horizont zu erblicken glaubten. Es zeigt sich, daß die Ablösung von Brandt und Scheel durch Schmidt und Genscher eben keine historischen Zufälle waren: die Unlust Heinemanns zur erneuten Kandidatur als Bundespräsident und damit die Ausschaltung Scheels aus der aktuellen liberalen Szene der FDP, das „Stolpern" Brandts über den DDR-Agenten Guillaume und damit seine Trennung von der Bestimmung der Richtlinien der Politik der Bundesregierung (und auch, nimmt man alles nur in allem) der SPD in Fraktion und Partei.
Die Zeit schien reif, jene Illusionen zu beerdigen und die Karriere derjenigen, die sie nährten, zuerst.

Ob die FDP jetzt nur in Hannover die SPD verläßt, oder auch in Saarbrücken, ob sich die Freien Demokraten nach den Bundeswahlen im Herbst der CDU/CSU anschließen oder nicht, ob die pikanterweise bei der Siegesfeier für die CDU zustandegekommene Duzbrüderschaft zwischen den Fraktionschefs von SPD und CDU in eine Große Koalition eskaliert — alles zweitrangige Fragen angesichts des unbeugsamen Willens der alle drei Bundesparteien dominierenden Kräfte, keine Kursschwankungen mehr zuzulassen und das nach der Niederlage des Nazismus nur vorübergehend außer Funktion gesetzte Herrschaftssystem all seiner Malaise zum Trotz zu erhalten.

Denn dies ist das Groteske an der gegenwärtigen Situation: Zu keiner Zeit seit 1945 haben sich das kapitalistische Wirtschaftssystem und die Normen der bürgerlichen Gesellschafts-Organisation als so unfähig und untauglich erwiesen wie gerade jetzt: und doch traten ihre Verteidiger selten so frech auf: Bankrotteure lassen sich mit dem Lächeln des Olympiasiegers fotografieren. Das Fatale daran ist, daß sich die Linke durch die Nachfolger des Herrn Coue (Es geht besser, es geht besser) in die Defensive drängen ließ. Immer mit dem Hinweis, daß die „Linke" oder die „Halblinke" oder die „linke Mitte" nur mit der „Mitte" oder der „rechten Mitte" oder den „Halbrechten" ihre schönen Programme durchzusetzen in der Lage sei.

Zieht der Hinweis immer noch?
Derzeit deutet doch alles darauf hin, daß die erwähnten Gruppen mit den fantasievollen Bezeichnungen nichts anderes vollbringen, als der Rechten bei der Durchsetzung ihres Programms zu helfen. Die diversen Programme werden dabei durch ein einziges, freilich systemgerechtes, ersetzt: Um jeden Preis auf dem Posten bleiben.

GEWERKSCHAFT

LEBER-SORGEN: DIE KLEIDERORDNUNG AM 1. MAI

C.D.— Den Bürgern und Proletariern in Uniform, die am 1. Mai auf den Gedanken kommen, DGB-Kundgebungen zu besuchen, wird die Mitnahme einer zweiten (zivilen) Wäschegarnitur empfohlen.

Dies jedenfalls entspricht konsequent dem Ergebnis eines Gesprächs zwischen dem Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand und Georg Leber; auch mal Gewerkschafter gewesen. Ausgangspunkt des Spitzengesprächs zwischen Armee und Gewerkschaft war die zugegeben mißliche Tatsache, daß einerseits Generale in voller Wichs auf Gewerkschaftskongressen begrüßt werden und andererseits Kollegen in Uniform in den Bau kommen, weil sie an Mai-Kundgebungen teilgenommen haben. Begründung für diesen Unfug: „Der Soldat darf bei politischen Veranstaltungen keine Uniform tragen" (§ 15, Abs. 3 Soldatengesetz). Folglich sind die Kongreß-Generale entweder keine Soldaten oder Gewerkschaftskongresse sind keine politischen Veranstaltungen.

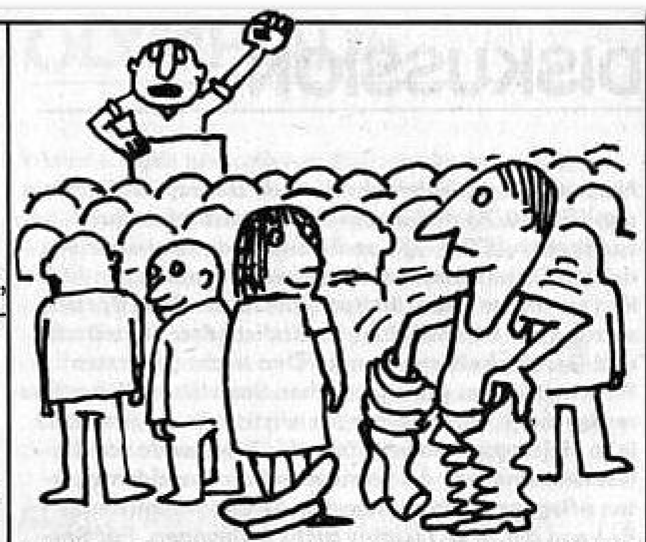
Genau der letzten Meinung scheint auch der DGB zu sein. Vorstandssekretär Theo Brinkmann schreibt nämlich im DGB-info-dienst Gewerkschaftspresse:

„Danach können Soldaten in Uniform an Kundgebungen am 1. Mai teilnehmen, wenn das Motto der Kundgebung den Charakter der Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen, sozialen usw. Belange des Berufs und des Berufslebens trägt.

Soldaten dürfen nicht in Uniform teilnehmen, wenn die Veranstaltungen ihrem Charakter nach politische Fragen behandeln, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Wahrung und Förderung berufsbezogener Belange der Gewerkschaftsmitglieder stehen.

Für Gewerkschafter mag es klar sein, daß Maikundgebungen dazu da sind, die Forderungen der organisierten Arbeitnehmerschaft klar und offen auszusprechen.

Es kann jedoch auch nicht ausgeschlossen werden, daß Veranstaltungen mit berufsbezogener Themenstellung, die eine Teilnahme in Uniform zulassen, politischen Charakter durch die Aktivitäten einzelner Teilnehmer oder auch größerer, häufig sogar außenstehender Gruppen annehmen."



Ach ja, es kann also nicht ausgeschlossen werden, daß Gewerkschaftsveranstaltungen politischen Charakter annehmen! Geschieht das — wider Erwarten — hat der Bürger in Uniform wohl ohne Verzug dieselbe abzulegen und seine Zivilklamotten anzuziehen. (Incl.Nato-oliv-underwear?) Damit es zu solchen Massen-Umkleideszenen nicht kommt, hat der Bundesminister der Verteidigung angeordnet, daß rechtzeitig Kontakte von den örtlich zuständigen Standortältesten der Bundeswehr bzw. bei Veranstaltungen auf Länderebene von den zuständigen Befehlshabern mit den Veranstaltern, hier also dem DGB, aufgenommen werden, um Zweifel zu beseitigen und die Entscheidung zu erleichtern, ob eine Teilnahme in Uniform mit den gegebenen Richtlinien vereinbar ist. Können die Zweifel nicht ausgeräumt werden, ist von den Soldaten Zivil zu tragen.

Denn, so Schorsch Leber wörtlich:

„Für mich persönlich besteht das Problem in der Teilnahme eines jungen Bürgers in Uniform. Den hätte ich sogar gern dort, aber der, den ich gern dort hätte, der geht, wenn er geht, in Zivil dorthin. Worum es geht, ist das Demonstrieren in Uniform und damit das Hineinziehen der Bundeswehr in öffentliche politische Auseinandersetzungen."

Wenn er geht, wie gesagt. Er könnte ja auch die Uniform als Unterwäsche tragen und darüber Zivil, wie wär denn das?

Gewissermaßen klassisch märchenhaft schafspelzig. Aber was macht man dann mit den Kongress-Generälen?

Fragen über Fragen.

BEI UMZUG: ED NEUE ADRESSE MITTEILEN

DISKUSSION

Nach einem sozialdemokratischen Beitrag aus Schweden (ED 10/X) und einem kommunistischen aus Frankreich (ED 11/X) veröffentlichen wir heute den dritten Diskussionsbeitrag der westeuropäischen Linken zur Frage einer „linken Volksunion" als Voraussetzung zur Überwindung kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen: Den leicht gekürzten Redebeitrag des portugiesischen Sozialistenführers Soares bei der Konferenz der sozialistischen Internationale in Helsingoer. Soares stellt das Trennende vor das Gemeinsame; wie die westdeutschen Sozialdemokraten pflegt er einen dezidierten Antikommunismus. Er kann das SPD-Training nicht verleugnen. Für Soares fällt die Entscheidung in Portugal nicht durch den Kampf mit anderen Kräften der Linken, sondern nur gegen sie.

WIR SIND DIE EINZIGE PARTEI MIT NATIONALEM PROGRAMM

Von Mario Soares

Während man in vielen Kreisen in Europa und Amerika sicher war, daß ein Sieg der Kommunisten in Portugal nicht zu vermeiden sei, unterstützten die europäischen sozialdemokratischen Parteien die Sozialistische Partei Portugals, und dank ihrer Solidarität gelang es den portugiesischen Sozialisten zu beweisen — so wie Andre Malraux geschrieben hat —, daß die Menschewiki auch die Bolschewiki besiegen können. Die Spaltung in den Streitkräften nach dem 25. November hat die Möglichkeiten eines militärischen Erfolgs der Kommunistischen Partei Portugals zunichte gemacht. Sie hat viele Positionen in den Streitkräften und Massenmedien verloren. Jetzt versucht man alles auf ökonomischer Ebene. Die Alternative hierzu ist die Sicherung der ökonomischen Stabilität in Portugal – Sicherung einer realen Demokratie — oder aber andererseits eine Krise und Schwierigkeiten, die zur sozialen Agitation führen und eine Demokratie unmöglich machen. Wollen die Kommunisten als Minorität eine konstruktive Rolle beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft akzeptieren, oder wollen sie für eine Verschlimmerung der Lage wirken, indem sie Unruhe stiften und die demokratischen Institutionen infrage stellen? Das ist die Frage.

Es ist wichtig für Europa, das Ausmaß der Herausforderung zu verstehen, der wir ausgesetzt sind. Und es ist notwendig, daß Europa unsere Partei unterstützt. Ein Klima der fortgesetzten sozialen Agitation in Portugal wird sicherlich den Träumen der extremen Linken zum Sieg verhelfen, kann aber auch einem portugiesischen Pinochet die Türen öffnen. Das ist die andere Gefahr, von der wir bedroht sind und die wir vermeiden müssen. Wir haben gegenwärtig eine Regierung mit einer sozialistischen Majorität, und die Genossen der Sozialistischen Partei sind für das Wirtschaftsministerium verantwortlich.



Wir haben Pläne, die wir zu verwirklichen begonnen haben, und wir versuchen dabei Unterstützung von der EWG, der EFTA und von den USA zu erhalten. Parlamentswahlen und Kommunalwahlen sind für April vorgesehen. Wir werden wahrscheinlich Präsidentschaftswahlen durchführen. In den nächsten Monaten wird unsere Partei mit diesen Wahlen beschäftigt sein. Gleichzeitig werden wir versuchen, eine langfristige ökonomische Politik durchzusetzen, um die Krise zu überwinden und die Revolution zu retten. Aber im Gegensatz zu den Kommunisten suchen wir nicht nach einem theoretischem Schema, sondern nach einem pragmatischen Weg. Wir sind gegen einen Sozialismus im Elend — mit Gewalt aufgezwungen, und gegen den Willen des Volkes — und legen eine Reformpolitik vor, die in der Lage ist, die aktuellen Probleme des portugiesischen Volkes zu lösen. Aber um diese Politik zu verwirklichen, benötigen wir die sofortige Hilfe und Solidarität von Europa, um die Demokratie zu konsolidieren. In wenigen Monaten kann es schon zu spät sein.

Die Sozialistische Partei Portugals sieht der kommenden Wahlperiode mit Optimismus entgegen.

Wir sind die größte politische Partei. Wir sind geeint (im Gegensatz zur PPD, die ernsthaft gespalten ist). Wir sind die Partei, die in der Lage war, die Freiheit zu verteidigen, die so sehr bedroht wurde. Wir haben entscheidend dazu beigetragen, einen Bürgerkrieg zu verhindern. Wir sind die einzige politische Partei mit einem nationalen Programm. Die PPD ist nur in den Landgebieten im Norden und im Süden repräsentiert, und die PCP ist eine regionale Partei, die hauptsächlich im industriellen Gürtel von Lissabon Anhänger hat und in den großen Landgebieten südlich vom Fluß Tagus.

Jetzt ist es notwendig, daß die Bevölkerung in uns gute Administratoren sieht, die es verstehen zu wirtschaften und einen Dialog mit Europa herzustellen. Wir müssen zeigen, daß nur wir in der Lage sind, die ökonomische Krise zu lösen und Portugal vor dem Bankrott und Ruin zu retten. Das versuchen wir als Partei in der Regierung zu tun. Aber um das zu erreichen, rechnen wir erneut auf die Unterstützung Europas. Wenn alles bei den Wahlen gut geht, dann sind wir in der Lage, die institutionelle Demokratie in Portugal für die nächsten Jahre zu garantieren. Die Transformierung Portugals in einen stabilen Faktor in Südeuropa ist von großer Bedeutung und wird positive Folgen für die Entwicklung in Spanien und in Lateinamerika haben.

PS: Die „europäische Hilfe" ist inzwischen in vollem Gange: Die westdeutsche Bundesbank hat der portugiesischen Staatsbank einen sechsmonatigen Kredit über 250 Millionen Dollar eingeräumt, dafür aber portugiesische Goldbarren in etwa gleichem Wert nach Frankfurt schaffen lassen; und die Schweizer Bundesbank machte einen Kredit von 50 Millionen Dollar lokker, ebenfalls gegen Golddeckung. So hat man Portugal fest im Griff: Wenn sie ihr Gold wieder haben wollen, müssen die Lissabonner spuren.



OLYMPIADE

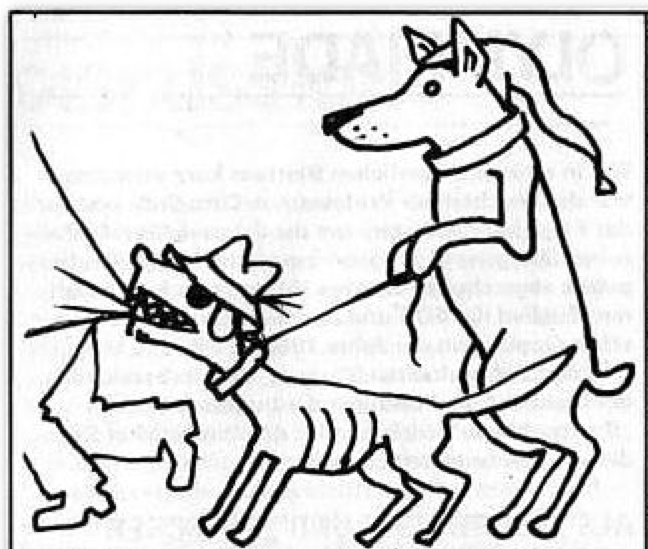
Wie in einigen bürgerlichen Blättern kurz vermeldet, war der Westberliner Professor am Otto-Suhr-Institut der FU, Elmar Altvater, von der österreichischen Polizei vorübergehend festgenommen und in die Bundesrepublik abgeschoben worden. Altvater, in jungen Jahren Mitglied des SDS und in der Außerparlamentarischen Opposition der Jahre 1967-69 führend tätig, schildert den makabren Vorgang, der ein bezeichnendes Licht auf die Praktiken der bundesdeutschen „Staatsschützer" wirft, die für den Innsbrucker Skandal allein verantwortlich sind.

ALS „TERRORIST" UND „FÄLSCHER" AUF OLYMPIA-DURCHREISE

Von Elmar Altvater

Ich fuhr mit vier Freunden zusammen mit dem Zug von Bologna nach München, um von München aus mit dem Wagen nach Berlin zurückzukehren. Gegen 1 Uhr nachts hatten wir uns schlafen gelegt, so daß wir auch die Grenze am Brenner schlafend erreichten. Wir wurden geweckt und die Pässe kontrolliert. Meinen Paß nahm der kontrollierende Beamte mit sich und verschwand bis kurz vor Abfahrt des Zuges in Richtung Innsbruck; dann gab er mir den Paß zurück. Wie die anderen schlief ich dann weiter und wurde in Innsbruck von mehreren Beamten in Zivil geweckt, die mich aufforderten mitzukommen; ich sei festgenommen. Dies war gegen 5 Uhr morgens. Ich fragte natürlich, warum ich festgenommen werde, worauf sie mir keine Antwort gaben und die Aufforderung noch einmal wiederholten. In der Zwischenzeit waren die anderen wach geworden, wunderten sich, fragten ebenfalls, warum ich festgenommen würde, erhielten auch keine Antwort und entschlossen dann kurz und bündig, ebenfalls in Innsbruck den Zug zu verlassen. Sie wollten mit mir gehen; das wurde ihnen allerdings verwehrt ...

Dann wurde ich zuerst auf die Bahnhofswache geführt, wo ich genau gefilzt wurde. Offenbar suchte man nach Waffen. Sonst passierte nichts, außer auf einen Wagen zu warten. Auf meine Frage nach dem Grund der Festnahme erfolgt wieder die Antwort, daß sie etwas Näheres nicht wüßten, aber irgend etwas müsse ja wohl gegen mich vorliegen, sonst hätten sie ja nicht den Auftrag erhalten, mich festzunehmen. Diese Denkformel wird übrigens auch von den



Mithäftlingen später nachvollzogen: Weil die Polizei einen schnappt, ist man schuldig. Und nicht umgekehrt: Weil man schuldig ist, schnappt einen die Polizei. Dann kam endlich der Wagen. Wir fuhren zur Polizeidirektion. Ich wurde ohne Verhör in das Polizei-Gefangenenhaus überwiesen. Auf der Wache dort soll ich alle meine Sachen aus der Tasche nehmen. Als das den drei etwas älteren Beamten offensichtlich nicht schnell genug geht, reißt mir einer der Wachhabenden den Arm auf den Rücken, der andere reißt mir den Gürtel vom Leib, daß die Hosenschlaufen reißen, der dritte schlägt auf mich ein. Die etwas älteren Polizisten sind von einer mich überraschenden Aggressivität. Ich versuche, ihre Aggressivität nicht noch weiter zu reizen, da ich mir gut vorstellen kann, daß dann die Prügel schärfer werden, als sie es gewesen sind. Mit auf den Rücken gedrehtem Arm führt mich dann einer mit mehreren Tritten in die Gegend der Geschlechtsteile in den Keller. Ich muß die Schuhe ausziehen, eine dünne Wolldecke wird mir über die Schulter geworfen, und ich werde in eine unglaublich verdreckte Zelle eingeschlossen. In dieser Zelle stank es barbarisch. Zwei andere Mitgefangene schliefen dort offensichtlich ihren Rausch aus. In der Zelle gab es kein Bett, nicht einmal eine Pritsche, nur eine Holzempore, auf der gerade drei Schläfer Platz hatten. Auch war es sehr kalt, da das Fenster geöffnet war, und die Heizung nur lauwarm angestellt war. Es gab kein Wasser in der Zelle. Auf die Bitte von mir und einem anderen Gefangenen nach einem Glas Wasser gab es keine Antwort. Das Klo, das mitten in der Zelle stand, war so verdreckt, daß es nicht mehr benutzbar war. Offensichtlich war es seit Wochen nicht mehr gesäubert. Natürlich gab es kein Klopapier. Dies war übrigens auch in den anderen ‚komfortableren' Zellen in den anderen Stockwerken des Polizei-Gefangenenhauses nicht anders. Ein Mitgefangener, der durch meine Einweisung in die Zelle aus dem Schlaf geweckt war, fluchte über den ‚schlechten Dienst', der oben Wache schob. Ich hatte ihm nämlich erzählt, was sie mit mir angestellt hatten. Als er mich fragte, warum ich eingeliefert worden sei, antwortete ich ihm, das habe man mir nicht gesagt, ich wüßte es nicht, aber wahrscheinlich wegen der Olympiade aus Angst vor Terror.

Mit allen Sachen wurde mir auch die Uhr weggenommen, daher fehlt mir jede genauere Zeitvorstellung. Aber offensichtlich wird der „schlechte Dienst" abgelöst, es kommt ein anderer Türschließer, der läßt in der Zelle das Licht brennen, so daß das Schlafen, abgesehen von der Aufregung, vollends unmöglich wird. Er läßt uns dafür aber einen Schluck Wasser in einer anderen Zelle, die einen Wasserhahn hat, trinken und in jener Zelle, in der das Klo nicht gar so verschissen ist, mal pinkeln. Dann aber wieder Einschluß in der Dreckszelle.

Es folgt Warten. Man hört wenig im Keller. Man weiß nicht, was gegen einen vorliegt und was gerade außerhalb der Zelle über einen verhandelt wird. Man hofft nur, daß man schnell herauskommen kann. Jedenfalls werde ich gegen 1/2 9 Uhr zur Vernehmung geführt, von einem Herrn Meyer oder Maier, jedenfalls ist er von der Fremdenpolizei. Noch denke ich, alles geht schnell ab, aber er leitet die Vernehmung bereits damit ein, daß sie bisher die Vorschriften für Fremde nur sehr lax angewandt hätten und daß das jetzt anders werden solle. Ich frage, was man mir denn vorwerfe. Es kommt heraus, daß ich für Österreich ein „Sicherheitsrisiko" sei wegen der Olympischen Spiele, usw. Man nehme jedenfalls an, ich wolle da etwas organisieren. Daher folgt eine hochnotpeinliche Befragung über Ein- und Ausreisedaten, Aufenthaltsdauer, Zweck meines Aufenthalts in Bologna, etc. Man glaubt nicht meine Angabe, ich sei bereits durch Österreich auf dem Wege nach Bologna durchgereist. Man stellt sich vor, ich sei ein besonders gerissener Bursche und wäre auf irgendeinem verschlungenen Wege von Berlin aus nach Italien gekommen, um, vom Süden her nach Innsbruck eindringend, eine Aktion zur Störung der Olympischen Spiele durchzuführen. Denn offensichtlich hat man zwar meine Einreise in Kufstein

auf der Hinfahrt nach Bologna registriert, nicht aber meine Ausreise am Brenner. Ich erinnere mich dabei auch, daß der Kontrolleur auf der Hinreise bereits gesagt hatte, daß sie einen Herrn Altvater suchten, aber der sei ein entlaufener Fürsorgezögling. Alle lachten und meinten, das könne ich ja wohl schlecht sein. Erstens sei ich zu alt und zweitens bereits Professor.

Aber nun kommt ein Hammer: Herr Meyer eröffnete mir, daß bei meinen ‚Effekten' mehrere Blankoformulare für internationale Führerscheine und ein Rundstempel gefunden worden seien. Er fragt mich, wie ich mir das erkläre. Ich erkläre, daß ich mir das nicht erklären könnte und daß ich dazu keine weiteren Aussagen und Angaben machen könne. Aber mir wird sehr mulmig, denn wenn tatsächlich solche Dokumente bei mir gefunden worden waren, dann muß eine ernstzunehmende Intrige vorliegen.

In dieser Phase des Verhörs tritt der Chef der Fremdenpolizei und der Staatssicherheit, ein Herr Dr. Kiechel, hinzu und erklärte, daß man mich in Abschubhaft nehmen würde und gleichzeitig ein dauerndes Aufenthaltsverbot für die Republik Österreich erlassen werde. Bis dahin hatte ich es zur Beschleunigung der Aufklärung absurder Vorwürfe für richtig gehalten, alle notwendigen Aussagen zu machen. Es handelte sich sowieso nur um reine Darstellungen meines Reiseweges und die mehrmalige Betonung, daß ich zu dem Zeitpunkt, an dem sie mir erklärten, daß ich abgeschoben werden solle, längst in Westdeutschland gewesen wäre, wenn sie mich nicht aus dem Zug heraus verhaftet hätten. Ich wollte ihnen klarmachen, daß mich die Olympischen Spiele einen Dreck interessierten, und ich verschiedenste berufliche Verpflichtungen in Berlin zu erledigen hätte.

Nach den mir nun gemachten Vorhaltungen und Ansichtserklärungen, wie man mich zu behandeln gedenke, bestand ich auf weitere Aussageverweigerung und Hinzuziehung eines Rechtsanwalts. Das Verhör war damit zunächst beendet. Meyer brachte mich zur Effektenkammer und zeigte mir die ‚Blankoformulare der internationalen Führerscheine', die man bei mir gefunden hatte. Mir fiel ein Stein vom Herzen. Es handelte sich um meinen eigenen internationalen Führerschein, der wie üblich viele ungestempelte Seiten hat. Denn nur dann wird eine Seite gestempelt, wenn für das auf der Seite genannte Land dieser Führerschein keine Gültigkeit haben soll. Und der Rundstempel, von dem die Rede war, war nichts anderes als der Stempel der Landeshauptstadt München auf dem letzten Blatt meines internationalen Führerscheins. Mir wurde ein bestimmtes Denkmuster klar. Bei einem Dummkopf von Beamten ist die Identifikation immer diejenige: Der Verhaftete ist schuldig. Was man ihm vorwirft, besteht zu Recht. Da ich als Terrorist galt, muß ich natürlich auch ein Dokumentenfälscher sein, also muß so etwas auch unter meinen Sachen zu finden sein. So absurd der Vorwurf war und so leicht er für normale Menschen zu entkräften ist, er wurde bis zum Schluß aufrechterhalten. Erst bei der Ablieferung bei der Grenzpolizei der BRD wurde der Vorwurf amtlich seitens der westdeutschen Behörden entkräftet und mir der eingezogene internationale Führerschein offiziell zurückgegeben.

Ich wurde in eine neue Zelle gebracht, die war zwar nicht ganz so verrottet, wie jenes Loch im Keller, aber ebenfalls nicht sauber. Sie war wohl seit Tagen nicht mehr gefegt, geschweige denn gewischt worden. Die drei Pritschen waren durchgelegen, die Matratzen zerfleddert. Ich wurde mit zweien zusammengelegt, die als Penner am Innsbrucker Bahnhof aufgegriffen worden waren und gleich drei Tage gekriegt hatten.



Das Essen, das man erhielt, war unter aller Sau. Wenn man das zwei Wochen hätte essen müssen, dann wären Vitaminmangelerscheinungen, Skorbut und dergleichen mehr, unvermeidlich gewesen. Morgens gab es in einer Plastikschüssel lauen Mukkefuk und sonst nichts. Er war nur wert, ins Klo gekippt zu werden. Und das nicht nur aufgrund meiner relativ verwöhnten Anspü-

che, dies machten die anderen Gefangenen auch. Mittags gab es im gleichen Plastiktopf Kartoffelbrei und einen Gulasch, in dem einige wenige kleine Fleischfetzen schwammen. Auch das wurde weggekippt, nicht nur von mir, sondern auch von den anderen Gefangenen. Dazu eine Suppe, irgendein Brühwürfel. Man löffelte ein wenig von der Suppe, um etwas Warmes in den Bauch zu bekommen, der Rest kam ins Klo. Abends gab es die gleiche Suppe, nochmals in der gleichen Plastikschüssel, ein Kanten trockenes Brot und ein Stück scharfen, sehr trockenen Käse. Dazu nichts zu trinken. All dies unter hygienischen Bedingungen, die zur sofortigen Schließung des Etablissements geführt hätten, wenn dieses nicht gerade ein staatliches Gefängnis wäre.

Dafür gibt es aber eine Hausordnung in diesem vortrefflichen Polizei-Gefangenenhaus, die vom Kommandanten erlassen worden ist. Der erste Punkt: die Hausordnung (nämlich der an die Zellentür geklebte Zettel) ist immer peinlich sauber und leserlich zu erhalten. Darin steht, daß tagsüber das Liegen im Bett nicht erlaubt ist. Der Dreckstall soll auch sauber gehalten werden, doch der Wasserhahn tropft und der Abfluß ist undicht, so daß sich auf dem Boden ein See gebildet hat. Es soll also eine Zelle saubergehalten werden, wo der Abtritt mitten im Raum steht, unabgeteilt von dem übrigen Lebensraum und wo man sich mangels Papier noch nicht einmal den Hintern putzen kann. Diese Hausordnung ist der reinste Zynismus, jedoch wird sie von den anderen Gefangenen weitgehend ernst und für bare Münze genommen, was mich überrascht.

Ich habe dann nach dem Posten geklingelt und wollte wissen, was nun los sei und wie man sich entschieden habe. Außerdem wollte ich aus meinen Effekten ein Buch zum Lesen haben. Der Posten ging weg, ohne etwas zu meinen Wünschen zu sagen und dann wartete ich wieder vielleicht zwei Stunden, vielleicht waren es auch nur 1 1/2. Der Posten hielt es noch nicht einmal für nötig, mir zu sagen, ob er die Bücher bringen wolle oder nicht . . .

Nach einiger Zeit klingelte ich doch noch mal nach dem Türschließer. Man muß wissen, daß das Klingeln der Glocke laut Hausordnung des Polizei-Gefangenenhauses nur in dringenden Fällen möglich ist und der Mißbrauch mit dem Entzug von Vergünstigungen geahndet wird. Deshalb rieten mir auch die beiden Knackis davon ab, die Klingel zu drücken. Ich tat es trotzdem, weil die Spannung, nicht zu wissen, ob man noch zwei Stunden oder zwei Tage oder noch zwei Wochen drinsitzen muß, unerträglich war. Der Türschließer kam und ich sagte, daß ich unbedingt einen Anwalt wollte und daß ich das Recht habe, aus meinem Reisegepäck ein Buch zu erhalten. Er nahm mich mit, weil ich diese Wünsche sehr dezidiert äußerte und führte mich in die Wachstube. Dort wird man behandelt wie der letzte Dreck. Ich erzählte bereits, wie ich bei der Einlieferung dort geprügelt worden bin. Aber dies ist eine Behandlung, auf die sich die anderen Penner und Knackis, soweit ich mitkriegen konnte, voll einstellten, und mit einzelnen vom Wachpersonal ein recht gutes, kumpelhaftes Verhältnis hatten, mit anderen dagegen sehr unterwürfig verkehrten. Auf der Wachstube saßen diesmal alle Bullen an einem Radio oder vor einem Fernsehapparat. Ich konnte dies nicht genau unterscheiden, denn das war in einem anderen Zimmer, dessen Tür offenstand, und ich hörte nur den Ton des Schlußteils der Eröffnungsfeierlichkeiten der 12. Olympischen Winterspiele. Dann versuchte offenbar der Chef der Wachstube zu telefonieren. Eine ganze Weile kam keine Verbindung zustande. Dann teilte er mir mit, nachdem er offenbar doch jemanden von der Staatssicherheit an der Strippe hatte, daß ich noch heute nach Westdeutschland abgeschoben werde.

Ich wurde dann in die Zelle zurückgebracht, hatte ein Buch zu lesen und wartete weiter. Dann rührte sich aber mehrere Stunden wieder nichts. Die kamen mir jedoch nicht so langweilig vor, da ich ja was zu lesen hatte. Beim Essenfassen am Abend fragte ich noch einmal den Türschließer, was denn eigentlich los sei, wann ich abgeschoben würde. Der wußte natürlich von nichts, es war ihm auch egal. Er meinte, die von der Fremdenpolizei und von der Staatssicherheit hätten genug zu tun mit den Olympischen Spielen und den vielen Fremden im Lande. Ein anderer Türschließer meinte sehr aggressiv, ich solle mich nicht so aufregen, sie könnten mich nach dem Gesetz drei Monate dabehalten

Als Schubhäftling ist man eine arme Sau. Die Kosten der Abschiebung, also die Bahnfahrt oder die Autofahrt, und die Kosten der „Begleiteskorte", müssen vom Schubhäftling gezahlt werden. Sie werden von vornherein von deinem Geld, das du mit dir führst und das sie

dir abgenommen haben, abgezogen. In der famosen Hausordnung steht denn auch drin, daß der Schubhäftling nur dann einkaufen kann an zwei Tagen in der Woche, wo dies nur möglich ist (zum Beispiel Zigaretten oder eine Zahnbürste), wenn die Mittel die Abschiebekosten übersteigen. Dies ist schlimm genug, was aber noch schlimmer ist: hast du kein Geld, dann kannst du noch nicht einmal nach einem Anwalt telefonieren oder einen Brief schreiben, oder das Konsulat verständigen. Bist du mittellos, dann bist du weitgehend rechtlos.

Immerhin wurde ich tatsächlich nach etwa knapp 10 Minuten geholt. Der Dr. Kiechel, der Chef von der Staatssicherheit und der Fremdenpolizei, war höchstpersönlich erschienen, unterschrieb den Entlassungsschein und wollte noch einmal meinen Abschubbescheid haben, den hatte man mir nämlich am Nachmittag ausgehändigt und darin stand, daß ich wegen „terroristischer Aktionen und extremistischer Tätigkeiten", die eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Bundesgebiet" Österreich darstellten, abgeschoben werde. Diesen Bescheid mit dieser Begründung nahm er mir weg und sagte, daß die Begründung geändert werden müsse. Er gab mir einen neuen Schein, darin waren die „terroristischen Aktionen" und „extremistischen Tätigkeiten" weggelassen. Es stand nur noch drin, daß ich abgeschoben werde, „weil gegen ihn für die Dauer der Olympischen Spiele in Ibk ein Aufenthaltsverbot zu erlassen beabsichtigt war, weil er bereits in der BRD wegen politischer Aktionen bekannt ist; nach den eingegangenen Informationen wäre unter Umständen eine Gefährdung der öffentl. Ordnung und Sicherheit gegeben." Dann teilte er mir mit, daß das Aufenthaltsverbot für Österreich für die Dauer der Olympischen Spiele bis zum 20. Februar 1976 begrenzt sei. Auch dafür erhielt ich eine Begründung: „Die obzit. Gesetzesstelle sieht vor, daß gegen einen Fremden, d.i. eine Person, die die österr. Staatsangehörigkeit nicht besitzt, ein Aufenthaltsverbot erlassen werden kann, wenn sein Aufenthalt im Bundesgebiet die öffentl. Ruhe, Ordnung oder Sicherheit gefährdet oder anderen öffentlichen Interessen zuwiderläuft. Das trifft auf Ihre Person zu. Sie zählen nach den Informationen, welche den österr. Behörden vorliegen, zu jenen Personenkreisen, die allenfalls eine Störaktion im Bereiche der XII. Olympischen Winterspiele in Innsbruck 1976 durchführen bzw. dafür in Frage kämen. Es ist daher im öffentlichen Interesse, wenn Sie während dieser Zeit nicht mehr nach Innsbruck bzw. das Bundesgebiet zurückkehren. Der Behörde ist bei dieser Entscheidung Ermessen eingeräumt, das im gegenständlichen Falle aus den angesprochenen Sicherheitsgründen zu Ihrem Nachteil getroffen wird. Da die Olympischen Winterspiele mit dem heutigen Tage begonnen haben, wird einer eventuellen Berufung die aufschiebende Wirkung versagt, damit dem Aufenthaltsverbot, das ja nur für die Spiele wirksam sein soll, nicht Wirkung genommen wird."

Ich sagte dem Dr. Kiechel, daß sie das sehr viel einfacher hätten haben können, indem sie mich im Zug hätten über Kufstein hinaus pennen lassen. Ich erzählte ihm auch, daß mich das Aufenthaltsverbot insofern nicht weiter kratze, weil ich sowieso nicht die Absicht hätte, die Olympischen Winterspiele zu besichtigen, geschweige denn irgendeine Störaktion zu organisieren oder durchzuführen.

Jetzt geht alles sehr schnell. Man steckte mich in einen VW und der Meyer mit einem Kriminaler, der Leiphold hieß, brachten mich nach Scharnitz. Ich saß hinten, die beiden vorne. Der Meyer erzählte von seiner neuen 4-Zimmer-Wohnung in einem Neubaugebiet und von einer neuen Sesselliftbahn, mit der er mit seinen Kindern gefahren ist. Der Leiphold schwieg fast die ganze Zeit. In Scharnitz an der Grenze stieg der Meyer kurz aus und holte einen zuständigen Grenzpolizisten, mit dem er sich verabredet hatte. In der Zeit, als ich mit dem Leiphold allein im Auto war, fragte ich ihn, ob die österreichische Polizei immer so mit Durchreisenden umgehen würde. Er distanzierte sich vorsichtig von dem Vorgehen der Innsbrucker Polizeidirektion. Er war nicht aus Innsbruck, sondern von woanders her wegen Olympia abkommandiert worden. Er meinte auch, wenn gesuchte Leute bereits auf der Ausreise wären, so wie ich, dann würde man sie meistens fahren lassen. Das sei ja schließlich leicht zu kontrollieren, weil bis Kufstein immer Polizei im Zug dabei sei. Er gab mir auch auf Nachfragen die Information: „Den ganzen trouble haben Sie Ihren Leuten zu verdanken."

Was ich vermutet hatte, wurde hierdurch sehr klar. Die Österreicher waren mit Informationen von BRD-Grenzorganen gespickt worden. Sie waren die dummen Bullen, die irgendwelche Intrigen der BRD-Polizei ausführten. Außerdem

sagte mir Leiphold auf meine Frage hin, daß ich nicht der einzige sei, der aufgrund der Olympischen Spiele in Abschubhaft genommen werde. Er wollte mir aber nicht sagen, wieviele es seien, welcher Nationalität usw.

Der zuständige Grenzpolizist stieg in den VW ein, dann fuhren wir nach Mittenwald. Sie lieferten mich am Bahnhof bei der deutschen Grenzpolizei ab. Ich sah das Begleitschreiben, mit dem man mich der Grenzpolizei übergab. Man ist ja im Polizeiwesen nicht nur ein lebendiger Mensch, sondern eine Akte, die, angefangen und abgeschlossen werden muß. Für die Österreicher war diese Übergabebescheinigung sozusagen der Abschluß meiner diesbezüglichen Akte. Darin wurde als Begründung für die Schubhaft und die Abschiebung angegeben, daß ich ‚staatsgefährdender Umtriebe' verdächtig und bekannt sei. Da ich diese wohl kaum in österreichischem Gebiet getrieben haben konnte, muß auch diese Formulierung zur Beschreibung meiner Gefährlichkeit aus den Archiven des Bundeskriminalamtes der BRD stammen.

Ich war unsicher, was nun die BRD-Polizeiorgane mit mir machen würden, aber es passierte überhaupt nichts. Ein freundlicher bayerischer Grenzpolizist gab mir meinen internationalen Führerschein zurück und meinte, es sei wohl alles ein Irrtum. Er überreichte mir auch meinen Personalausweis und sagte, ich könne gehen. Natürlich muß diese Angelegenheit ein Nachspiel haben. Die Tatsache, daß offensichtlich Polizeiorgane der BRD ausländische Polizeiorgane mit falschen Informationen über bundesdeutsche Bürger beliefern, ist keine Angelegenheit, die einfach hingenommen werden darf. Es geht hierbei nicht nur um mich, sondern darum, daß der Willkür, die jeder Rechtsstaatlichkeit den Boden wegzieht, ein Ende gesetzt wird, bevor es wieder einmal in Westdeutschland zu spät ist. Es geht auch darum, daß die Erfahrungen, die ich gemacht habe, nicht meine eigenen bleiben, sondern einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Denn nicht nur ich bin von solchen Aktionen betroffen, sondern viele, viele andere auch, die vielleicht allein gereist sind und ebenso wie ich aus dem Schlaf gerissen, verhaftet wurden, sich nicht wehren konnten, auch kein Geld hatten und dann die Unwürdigkeit der Behandlung, in diesem Fall der österreichischen Organe, ohne etwas dagegen tun zu können, haben über sich ergehen lassen müssen. Ich war ja noch in dieser ganzen Angelegenheit relativ privilegiert. In meinem Bericht sagte ich bereits, daß der Schubhäftling die Kosten seiner Abschiebung selbst tragen muß und wenn er dies Geld nicht aufbringt, oftmals wochenlang auf seine Abschiebung zu warten hat. Mich brachte man nur nach etwa einem Tag Schubhaft eigens und allein mit zwei höheren Beamten und nicht nur normalen Polizisten über die Grenze, ohne daß ich nur einen Pfennig hätte dafür bezahlen müssen. Man muß auch klarstellen, daß die Sicherung von Großveranstaltungen, wie sie die Olympischen Spiele oder der Besuch irgendeines ausländischen Monarchen darstellen, nicht dazu mißbraucht werden können, um angeblichen Terroraktionen zu begegnen, jede Rechtssicherheit zu beseitigen und politisch eventuell Mißliebige einer unwürdigen, inhumanen Tortur auszusetzen, die mir zwar als Individuum zuteil geworden ist, die aber jedem anderen ebenfalls passieren kann. Es zeigt sich hier, daß Feinde des Rechtsstaats, diejenigen, die die FDGO mit ihren Füßen treten, gerade die sind, die vorgeben, diesen Rechtsstaat gegenüber den Verfassungsfeinden zu erhalten, und immer wieder behaupten, auf der FDGO zu stehen. Auch wird hier mehr als deutlich, daß die Tendenz, die in den Berufsverboten angelegt ist, notwendigerweise Weiterungen hat. Sind einmal bestimmte liberale, rechtsstaatliche Prinzipien durchbrochen worden, dann gewinnt die politische Verfolgung eine Dynamik, ihrer eigenen Logik folgend: Die gleichen Gründe, mit denen Leute vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden — „politische Aktionen", Gefährdung der „öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung" usw. — können auch dazu verwandt werden, Leute ins Gefängnis zu werfen. Mein Fall kann noch gerade als möglicher „Ausrutscher", als „Übergriff subalterner Beamter" als „Übertreibung" der österreichischen Organe interpretiert werden. Aber ist erst einmal der Damm der Rechtssicherheit auch nur an einer kleinen Stelle gebrochen, dann sind die Konsequenzen — wie wir es in Deutschland schon einmal erlebt haben — unter Umständen verheerend. Dem muß mit allen politischen und rechtlichen Mitteln entgegengewirkt werden. Deshalb habe ich auch diesen Bericht verfaßt.

Anzeigen können nicht telefonisch aufgegeben werden. Bitte mit DM 5,– (Scheck, Bargeld, Briefmarken) einschicken. Oder vorbeikommen.

NAHOST

ZIONISMUS-DISKUSSION: VORWÜRFE AN DIE FALSCHE RICHTUNG

Der Berliner EXTRA-Dienst veröffentlichte (ED 4/X) einen Artikel von Michel R. Lang („Ich bin Links-Zionist") zum Nahost-Problem. Schon die Einleitung enthält einige Ungereimtheiten. Daß es „die jüdische Sicht" nicht gibt, zeigt der Artikel von Professor Shahak (ED 5/X). Abgesehen davon, daß für die Betrachtung eines Problems wie des Nahostkonflikts durch einen Sozialisten nicht die nationale Zugehörigkeit ausschlaggebend sein sollte, sondern die politischen Inhalte.

Noch eine kleine Anmerkung: Professor Shahak versteht sich selbst nicht als „Linker", sondern als Liberaler. Und die MAPAM, einschließlich ihres „linken" Flügels, stimmt wie alle zionistischen Parteien den ideologischen Grundlagen des Zionismus zu. Die MAPAM gehörte bis heute den meisten Regierungskoalitionen an und stand vor der Staatsgründung an vorderster Stelle bei der Zionisierung des Landes.

Ausgangspunkt für die Verteidigung des Zionismus — denn um das handelt es sich in Langs Artikel — ist die Kritik des Verfassers an Stalins Auffassungen zur nationalen Frage, die fehlerhaft seien, zu Fehlschlüssen geführt hätten und inzwischen zum Dogma geworden seien. Unverständlich ist uns, aus welchem Grunde Lang als Beleg für seine Auffassungen Länder wie die CSSR, die UdSSR oder Jugoslawien anführt, deren Staatsverband nicht aus einer einheitlichen Nation besteht.

Eine Seite weiter führt sich Lang selbst ad absurdum: Stalins Definition der Nation, die er selber vorher in Grund und Boden gestampft hat, wird nun zum Kriterium, um zu beweisen, daß in Israel eine Nation existiert — wahrlich eine gute Beweisführung!

Der zweite Abschnitt des Artikels ist mit der Frage überschrieben: „Wer ist ein Jude?" Sehen wir uns an, welche Rolle die Beantwortung dieser Frage in Israel, dem einzigen Land, wo sie eine Rolle spielt, zukommt: In Israel ist kein Jude, wer seine Mutter, Großmutter, Urgroßmutter und Ururgroßmutter nicht als Jüdin nachweisen kann oder der nicht zum Judentum übergetreten ist. Gelingt dieser Beweis nicht, hat dies schwere negative Folgen für die staatsbürgerlichen Rechte des Betroffenen und für verschiedene Personenstandsfragen.

Lang behauptet zwar, er halte „die Antwort des extremen jüdischen Nationalismus, die in jedemMenschen jüdischer Herkunft ein zwangsläufiges Mitglied der jüdischen Nation und potentiellen Bürger Israels sieht" für falsch, stimmt ihr aber später voll zu, er schreibt: „Die Juden haben alle den gleichen historischen Ursprung, der sie mit dem heutigen Israel verbindet". Die Antwort eines „extremen jüdischen Nationalismus", von der sich Lang angeblich distanziert, ist nichts anderes als die zionistische Auffassung in allen ihren Schattierungen. Auch ein Rückgriff in die Geschichte macht diese „Theorien" nicht richtiger. Schon zur Zeit der Tempelzerstörung durch die Römer lebte der größte Teil der Juden außerhalb des Gebiets des heutigen Palästina, und zwar aus freiem Willen. Seit dieser Zeit hat Jerusalem für die in der Welt lebenden in irgendeiner Weise religiös denkenden Juden etwa die Bedeutung, die Mekka für Mohammedaner oder Rom für katholische Christen hat.
Den konfessionellen Ruf „Nächstes Jahr in Jerusalem" machten erst die Zionisten zu einem politischen Programm und instrumentalisierten ihn somit für ihre Zwecke.

Genauso wie andere sind auch Juden in anderen Gesellschaften integriert worden und somit „geschichtlich" verschwunden. Sowohl Verfolgung von Juden als auch ihre teilweise Formierung als sozio-ökonomisch definierte Volks-Klasse (ein Begriff, den der jüdische Sozialist Abraham Léon geprägt hat) sind aus der Geschichte des Christentums und der sozialen und politischen Kämpfe im Feudalismus und im Kapitalismus erklären; sie unterliegen keiner „Mystik" und entspringen keiner historischen „Sonder"-Gesetzmäßigkeit für Juden. Marx irrte nicht, als er sagte: „Das Judentum hat sich nicht trotz der Geschichte, sondern durch die Geschichte erhalten."
Wir fragen, gemeinsam mit Lang, wie es trotz dieser lockeren Verbindung zu Palästina zur Bildung „eines jüdischen National-Staates" in diesem Land kam. Der Zionismus ist sicher eine Antwort auf den Antisemitismus, aber nicht die einzige und eine kleinbürgerliche und falsche, die das Problem des Antisemitismus dadurch lösen will, daß sie die Juden aus den Augen der Antisemiten wegschafft . Es geht dem Zionismus nicht um eine Bekämpfung des Antisemitismus, wo er entsteht (diesen Kampf spalten die Zionisten sogar). Die zionistische Bewegung ist Instrument und Verbündeter des Imperialismus im Nahen Osten (Allianz mit England, Verdrängung und Vertreibung der einheimischen Bevölkerung, völlige Abhängigkeit vom US-Imperialismus). Israel, geplant als „Zufluchtsort der Juden", wurde das größte und meistgefährdete jüdische Getto der Geschichte.

Es ist ein dicker Hund, daß Lang das Anwachsen des Antisemitismus und die „Unfähigkeit der Sozialisten und Kommunisten", den verfolgten Juden entscheidend zu helfen, als die Gründe hinstellt, die die „Massenauswanderung der ... Juden nach Palästina" bewirkten. Erstens übersieht er, daß die angesprochenen Sozialisten und Kommunisten die Machtverhältnisse nicht enscheidend beeinflussen konnten (wo sie in der Lage waren, denAntisemitismus zu bekämpfen, haben sie es getan), und zweitens ist es nicht möglich, von einer Massenauswanderung nach Palästina zu sprechen. Nur etwas mehr als 2,5% der jüdischen Wanderbewegung

zwischen 1880 und 1929 ging nach Palästina.
Von der Rückkehr „der Juden", schreibt Lang, waren die Antisemiten aller Länder begeistert. Ebenso begeistert waren die Zionisten darüber, daß sie Juden, die in Folge der Maßnahmen dieser Antisemiten ein Exilland suchten, dazu bewegen konnten, nach Palästina auszuwandern. Antisemiten und Zionisten verstanden sich zum Teil als Verbündete.

Lang („wir Zionisten") gesteht sogar zu, daß der Staat Israel auf Kosten der arabischen Palästinenser errichtet worden sei. Aber erstens wird dies vom größten Teil der Zionisten geleugnet, ebenwie wie überhaupt die Existenz eines palästinensischen Volkes mit allen sich aus dieser Feststellung ergebenden Folgen. Und zweitens gesteht Lang damit zu, daß das zionistische Unternehmen zu verurteilen ist und daß die Ansprüche der Palästinenser gerechtfertigt sind. Sollte es Lang mit diesem Satz ernst sein, müßte er eigentlich fordern, daß die Palästinenser, die in Folge der Errichtung des Staates Israel vertrieben wurden, entweder zurückkehren dürfen oder entschädigt werden müssen, je nach Wunsch. Aber für Lang, diesen merkwürdigen „Sozialisten" ist das Problem damit abgetan, daß der Jüdische Nationalfonds (Keren Kayemeth Leiisrael heißt nicht Israelische Bodenentwicklungsbehörde!) angeblich den ganzen Boden bezahlt habe; dieser Boden sei ihnen von den arabischen Großgrundbesitzern, denen er gehörte, und die also ermächtigt gewesen seien, ihn zu verkaufen, veräußert worden. Und sogar auf den ersten zionistischen Weltkongressen wurde diskutiert, ob Palästina das richtige Auswanderland sei, da es schon besiedelt sei.

Richtig ist, daß der Zwang zur Auswanderung aus Europa infolge der antisemitischen Maßnahmen des deutschen Faschismus stark zunahm. Richtig ist ferner, daß es den Zionisten gelang, einen erheblichen Teil dieses Auswandererstromes nach Palästina zu lenken. Richtig ist auch, daß fast alle westlichen Staaten ihre Grenzen vor den Menschen verschlossen, die vor dem Faschismus emigrieren mußten. Dies trifft jedoch nicht auf die Sowjetunion zu: knapp zwei Millionen Juden, denen es gelang, vor dem Faschismus zu fliehen, fanden dort Zuflucht. (Vgl. Nathan Weinstock Das Ende Israels? Berlin-West 1975, S. 133.)
Daß Juden zu verstärkter Emigration gezwungen waren und dabei in verstärktem Maß nach Palästina auswanderten, war der zionistischen Organisation gerade recht. Auch in dieser Zeit setzten sie ihre punktuelle Kollaboration mit den Behörden des Dritten Reiches fort (z.B. Transfer-Abkommen 1933, Affäre Joel Brand und Rudolf Kastner; vgl. hierzu Ben Hecht: „Kahash", hebr. Tel Aviv 1970, S. 262-285). Alle Handlungen der zionistischen Organisation waren auch in der Nazizeit den politisch und staatsorientierten Interessen des Zionismus untergeordnet (vgl. hierzu: M. Machover, M. Offenberg. Der Zionismus und sein Popanz. In: Probleme des Klassenkampfs 19/20/21, S. 306-311). So sind die Zionisten die letzten, die hier als Ankläger auftreten dürften.
Falsch ist der Vorwurf, daß sich der Antisemitismus in Sowjetrußland nach der Oktoberrevolution verschärft habe. Denn es ist ja bekannt, daß eine der erstenMaßnahmen der Sowjetregierung, von Lenin initiiert, die Verurteilung des Antisemitismus und die Einleitung sozialer und kultureller Integration der Juden in die neue Gesellschaft war. Bei der Aufzählung von Juden, die die Oktoberrevolution unterstützten, vergißt Land nur eines: sie waren alle Antizionisten.

Arabische Arbeiter können seit Anfang der 60er Jahre in die Regierungsgewerkschaft Histadrut Mitglieder sein; nicht etwa, weil dies von „importierten" Revolutionären aus der Sowjetunion „erzwungen" worden wäre, sondern, weil die Mitgliedschaft vom zionistischen Regime nun als ungefährlich betrachtet wird.

In Israel gibt es nur eine kommunistische Partei (Rakach). Der zionistische Spalterflügel aus dem Gespann Mikounis/Sneh hat sich endgültig Ende 1975 aufgelöst. Die KP besitzt 2 Presseorgane, ein arabisches und hebräisches. Da die Kommunisten, sowie alle anderen Antizionisten den Kolonialismus natürlich auch in seiner zionistischen Form ablehnen, kann es ja gar keine kommunistischen Kibbuzzim geben.

Die „Fortschrittlichkeit" des israelischen Staates im Nahen Osten steht im direkten Verhältnis zu der „Fortschrittlichkeit" der südafrikanischen und rhodesischen Regime auf dem afikanischen Kontinent. Es bleibt die Frage, was den EXTRA-Dienst dazu bewogen haben mag, einem solchen Artikel seine Spalten zu öffnen. Denn dieser Artikel hilft nur weiter, den Charakter des Zionismus zu verschleiern und leistet keinen Beitrag zur Lösung des Nahost-Problems. Jede Politik, die die Überwindung des Nahost-Konflikts zu zum Ziel hat, muß mit der Verurteilung des Zionismus beginnen.

Mitglieder des Seminars „Zur Bedeutung des Nationalismus in der antikolonialen Revolution der Dritten Welt am Beispiel des arabischen Raumes"
Otto-Suhr-Institut der FU Berlin

1000 Berlin 33

INTERNATIONAL

PORTUGAL: VOR EINER ENTLASSUNG INHAFTIERTER OFFIZIERE?

Nach mehreren Hungerstreiks im Gefängnis sowie Angehöriger vor den Toren der Gefängnisse von Caxias und Custoias erreichten die wegen der Ereignisse des 25. November 1975 in Portugal verhafteten Offiziere — es sollen weit über 100 sein, genaue Zahlen werden von den Militärbehörden verschwiegen —, daß ihre Einzel-

haft aufgehoben wurde. Die meisten der Offiziere saßen 45 Tage in isolierten Zellen, die sich gegenüber der Zeit des Faschismus (in denen diese Gefängnisse ebenfalls Widerstandskämpfer und Antifaschisten als Insassen sahen) nicht wesentlich geändert haben: In den Einzelzellen gibt es keine sanitären Einrichtungen, ein einmal pro Tag entleerter Abortkübel ist alles. In den kalten Zellen wurde den Gefangenen nur eine dünne Militärdecke zur Verfügung gestellt. Die Ernährung ist kärglich und einseitig. Den meisten Gefangenen wurde bis heute gesetzwidrig jede Begründung für die Inhaftierung und jeglicher Rechtsbeistand verweigert. Die für die Inhaftierung herangezogenen Rechtsnormen stammen aus der Caetano-Zeit und haben faschistischen Charakter. Informationssperre seitens der Regierung und des Militärs verhindern weitere Nachrichten. Informationen sind nur von den Angehörigen zu erhalten, die sie sich selber unter schwierigen Bedingungen beschaffen müssen.

Unmittelbar nach der Inhaftierung der linken Militärs nach dem von spontenaistischen Gruppen versuchten Staatsstreich vom 25. November 1975 schlossen sich die Angehörigen der Inhaftierten zur „Organisation der Familien der gefangenen militärischen Revolutionäre" zusammen, um die Öffentlichkeit zu informieren und sich gegenseitig moralischen und finanziellen Beistand zu leisten. Eine eigene Zeitschrift wurde herausgebracht, von der inzwischen drei Nummern vorliegen. Auch ein Gedichtbändchen mit Werken der Inhaftierten, das anschaulich den Lernprozeß der Offiziere zeigt, wurde veröffentlicht.

In Lissabon ist jetzt immer häufiger die Rede davon, daß in den nächsten Tagen eine Reihe von linken Offizieren aus dem Gefängnis entlassen werden soll. Bei den meisten der Inhaftierten handelt es sich um enge militärische Freunde der „Gruppe der Neun" um Melo Antunes, die als wesentliche Gruppe jetzt den Revolutionsrat beherrscht und von der nicht wenige der Linken in Portugal glauben, daß sie der einzige — und letzte — Garant dafür ist, daß Portugal nicht in ein autoritäres oder gar quasi-faschistisches Regime zurückfällt.

PERU: MAOISTEN GEBEN AUF

Die „Partido Comunista (marxista-leninista) del Peru", die maoistische PCP-ML, hat auf ihrer



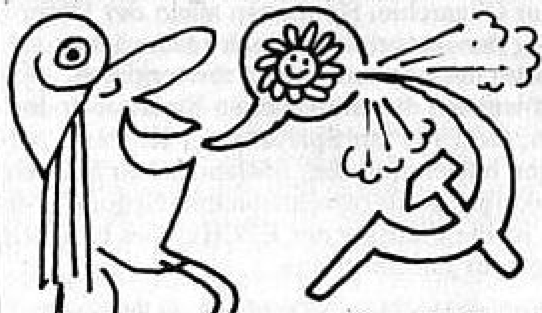
7. Nationalkonferenz die Selbstauflösung beschlossen. Ende Januar erklärte die bisherige Parteileitung unter ihrem Vorsitzenden Pablo Quintanilla, daß sie ihren bisherigen Mitgliedern empfohlen habe, der PCP beizutreten. Die Existenz der maoistischen Partei wurde als „weder historisch, ideologisch noch politisch gerechtfertigt" bezeichnet. Im Auflösungsbeschluß heißt es: „Diejenigen, die auf der Schaffung und der Existenz von kleinen Gruppen und Parteien bestehen, vergehen sich an den Interessen der Arbeiterklasse und an ihrer historischen Rolle. Sie begünstigen die Pläne des Imperialismus und der Oligarchie. Sie dienen allein der Untergrabung der Autorität sowie der Schwächung der Partei der peruanischen Arbeiterklasse". Scharf wurden die chinesischen Emissäre angegriffen, die 1964 zur Spaltung der KP Perus beigetragen hatten und die „ausländischen Söldner der Pekinger konterrevolutionären Gruppe" (gemeint ist die Führung der KPCH). Dies berichtet die Agentur Prensa Latina.

Die peruanische Pleite der Maoisten ist bereits die dritte binnen eines Jahres in der dritten Welt. Anfang 1975 löste sich die maoistische Organisation im Libanon, der „Bund der marxistisch-leninistischen Zellen" auf. Dessen Führer sowie zahlreiche Mitglieder baten um Wiederaufnahme in die KP. Im Juli 1975 beendete die Mehrheit der maoistischen KP in Ceylon ihre Sezession und ging unter Führung von Shanmugathasan zur KP des Landes zurück. Hauptgrund für die Abkehr vom Maoismus ist die internationale Linie der chinesischen KP, die von der Führung der maoistischen Partei in Ceylon nach deren Rücktritt so qualifiziert wurde: „China steuerte schon im Vietnamkrieg und jetzt im Nahostkon-

flikt einen prinzipienlosen, opportunistischen Kurs. Unverhüllt unterstützt Peking die faschistische Clique in Chile und die imperialistischen Militärblöcke in Europa, Asien und Amerika. Es billigt die militärische Präsenz der USA in Europa, Asien, im Mittelmeerraum und im Indischen Ozean, es arbeitet mit den reaktionärsten Kräften des Westens zusammen und baut seine Handelsbeziehungen zu faschistischen und rassistischen Regimes wie Südafrika und Rhodesien aus".

FRANKREICH: MIT TENNISBÄLLEN INFLATION GEBREMST

An jedem Monatsende veröffentlicht das französische „Amt für Nationale Statistik" den Preisindex des abgelaufenen Monats. Parallel dazu gibt — ebenfalls monatlich — die Gewerkschaft CGT ihre Preisanalysen heraus. Während die CGT-Ergebnisse mit größtem Interesse von der Bevölkerung studiert werden, nimmt kaum noch jemand Notiz von den schönfärberischen Preisnotierungen des Regierungsamtes. Und das aus gutem Grund: Während sich die CGT hautnah an der Wahrheit hält und die phantastischen inflationären Tendenzen der französischen Wirtschaft aufdeckt, hält es die Regierung für angebracht, den Bürgern Sand und Tennisbälle



in die Augen zu streuen: Billig gebliebene Tennisbälle etwa werden tatsächlich von der offiziellen Statistik als preiswerte Einkaufswerte in den statistischen Warenkorb gepackt. Dagegen richtet sich die CGT nach den reellen Bedürfnissen der Bevölkerung: Fleischpreise, Gemüsepreise und Textilpreise. Wie das Ergebnis dann aussieht, zeigt folgendes Beispiel:

	AMTLICH	CGT	DIFFERENZ
1972	+ 6,6%	+ 9,00%	+ 2,4%
1973	+ 10,3%	+ 12,5%	+ 2,2%
1974	+ 14,5%	+ 17,8%	+ 3,3%
1975	+ 11,8%	+ 14,2%	+ 2,4%

SPANIEN: PROZESS GEGEN LINKE MILITÄRS IN SICHT?

In Madrid verdichten sich die Hinweise darauf, daß ein Abschreckungsprozeß gegen linke Offiziere der Armee unmittelbar bevorsteht, berichtet uns ein Korrespondent. Im Juli letzten Jahres wurden acht Hauptleute und ein Major festgenommen, denen die Mitgliedschaft in der „Union Militar Democratica" (UMD) nachgesagt wird. Die Militärgerichtsbehörden haben entschieden, daß die neun Angeklagten nicht von zivilen Anwälten, sondern nur von militärischen Pflichtverteidigern vertreten werden dürfen. Offenbar sollen polizeiliche Auseinandersetzungen vor Gericht tunlichst vermieden werden. Der zivile Anwalt Jaime Miralles, der von der Verteidigung nun ausgeschlossen ist, erklärte in Madrid, die neun Angeklagten würden angesichts dieser Lage schweigen und außer ihren persönlichen Daten nichts sagen.

Ein zehnter Haftbefehl der spanischen Geheimpolizei gegen einen Offizier, den Hauptmann Dominguez, konnte nicht vollstreckt werden, weil sich der Offizier der Festnahme durch die Flucht nach Paris entzog. Dort vertritt er jetzt die spanischen Offiziere in der Opposition. Die „Demokratische Militärunion" hat nach Angaben von Dominguez derzeit rund 300 konspirativ tätige Mitglieder und 600 Sympathisanten innerhalb der spanischen Armee.

BAGDAD: Die irakische Hauptstadt wird die erste Stadt des Nahen Ostens sein, die eine Metro erhält. Für den laufenden Fünfjahrplan des Irak ist eine große Verbesserung der Infra- und Verkehrsstrukturen geplant. Neben der Untergrundbahn in der Hauptstadt am wichtigsten: Der Bau von 1 700 km neuen Eisenbahnlinien, die zu den bisherigen knapp 2 200 km (davon 600 km Bagdadbahn) hinzukommen sollen.

anzeigen

FRAU, 26, Psychologie studierende Lehrerin, sucht Zimmer in kleiner WG. Tel. 306 06 34.

Wir (2m, 2w) suchen für unsere WG in ~~1/12~~ eine(n) berufstätige(n), gewerkschaftlich orientierte(n) Mitbewohner(in), mögl. Lehrer(in). Doppel-Zi.: ca 40 qm, 247,- DM incl. ZH, WW, Tel., Strom. Tel. 313 69 24.

SKI 170 cm zu kaufen oder leihen gesucht. Oskar 342 23 55.

STUDENT, 22, m, sucht zum 1.4.76 mögl. möbliertes Zimmer. Tel. 852 60 54 ab 22 Uhr.

LEHRERSTUDENTIN braucht Material für Examenseinheit „Berufswelt" (Rechte; Organisation; persönl. Orientierung). Veronika c/o Bernd Treib, 1-62, Belzigerstr. 31. Tel. 782 32 77.

SUCHE dringend für Mascha (2) u. mich (25) zwei Leerzimmer zum 1.3. 4-Zi-Whg. gegen 800,- Belohnung wäre aber ideal. 882 15 20 Christiane.

SCHWARZ-weißer Kater, 8 Monate, noch nicht kastriert, ziemlich frech, an Leute m. Garten o. großer Wohnung zu verschenken. Tel. tagsüber 838 30 45 (Brigitte) abends 496 35 19.

ZIMMER zu vermieten, ab 1.3., 180 DM Warmmiete, ruhige, sonnige Lage in 1-37, gute Busverbindung, Küche-Badbenutzung, wW, ZH, Tel. 801 45 22, Jürgen. Außerdem: Kleine Kommode gesucht, 801 45 22, Gisela.

MFG nach Frankfurt (18.o. 19.2.) gegen BKB gesucht. 433 64 46 (Martin).

MITFAHRGELEGENHEIT nach Amsterdam gesucht (2 Personen BKB) 13.2. o. später. Tel. 882 16 72 (Hanna).

GUT funktionier. KiLa (Nähe S-Bahn Steglitz), 8-15.30, sucht noch 4 1/2 j. Kinder, gern Mädchen. Mögl Elternmitarbeit. Tel. 791 37 28, 791 55 41.

2. BEZUGSPERSON, halbtags (wahrsch. 3 Tg. wöch.) m. pädag. Ausbildg. o. Erfahrung für lange besteh. KiLa am Steglitzer Kreisel gesucht. Elternmitarbeit. Tel. 796 78 63 o. 711 42 19.

GEWERBE-ETAGE zum Wohnen geeignet Wedding 450,-/1500,- Einbauten. Nach 20 Uhr: 823 18 06.

VERKAUFE von Fiat 500 Motor, Getriebe, Reifen u.a. Tel. 213 22 42.

WOHNUNGSTAUSCH, 4 1/2 Zimmer, Dusche, Ofenheizung, Miete 270 DM gegen 2/3 Zimmer, Bad, mögl. ZH. Tel. 692 85 30.

Sa, 14.2., So, 15.2.

jeweils 15 Uhr:
MENSCH MÄDCHEN!
für Menschen ab 5

Fr, 13.2., So, 15.2.,
jeweils 19.30 Uhr:
DAS HÄLTSTE JA IM KOPF NICHT AUS
für Menschen ab 13



ARBEIT jeder Art (auch frühmorgens o. spätabends) für ca. 15.2. - 15.4. (auch kürzer o. Teilzeit) gesucht. Habe techn. Verständnis (Ing.), Erfahrung auf LKW bis 7,5 t, Führerschein 3, eig. PKW, Telefon. 795 51 11.

PEUGEOT 204, 9/72, Ersthand, unfallfrei, evtl. neuer TÜV, Extras, 77 000 km, deutlich unter Listenpreis. Eilt, bitte schnell anrufen u. öfters probieren. 796 94 74.

KARMAN Bj. 65 TÜV neu, Karosserieschaden für Bastler, 822 57 48.

WER kann einen fabrikneuen R 4 verbilligt besorgen? Außerdem suchen wir für eine Dokumentation Bildmaterial (insbesondere künstlerisches bzw. Plakate) zum § 218. Tel. 306 16 79.

SEKRETÄRIN (mögl. m. Berufserfahrung) für 2 Monate zur Aushilfe in Anwaltsbüro gesucht. Erfahrung als Anwaltssekretärin nicht erforderlich. Voraussetzung: Gute Schreibmaschinenkenntnisse (sauber und schnell), Schreiben nach Band auf IBM Executive. Leistungsgerechte Bezahlung. Bei guter Einarbeitung längerfristige Beschäftigung, auch halbtags o. an bestimmten Tagen, möglich. Chiffre: Anwaltsbüro.

SKIREISE, 1 Platz frei, Serfaus (Tirol) 20./21. 2. - 9.3., Führerschein erforderlich. Tel. 693 64 13 o. 461 52 13.

SUCHE WG, die evtl. im sozialpädagogischen Bereich tätig ist u. ein weiteres Mitglied aktivieren kann. Mache Soziologie, 4. Sem. (m, 24). Tel. 491 86 48.

SUCHE gebrauchte Matratze (Schaumstoff) 2x2 m u. gebr. große Trommel m. Fußmaschine. Tel. 852 89 21, Reinhold.

SUCHEN 5/6 Zi-Whg. Bürgschaft u. Erbschaft vorhanden. Nur seröse Angebote. Belohnung! Tel. 852 89 21.

TAUSCHE 2 Zimmer, Küche, Bad, ZH, WW, Sonne, aber laut, 325,- warm gegen 3-4 Zimmer in 30, 62 o. Umgebung. Tel. 784 94 25.

HALLO, Bastler! VW 1200, 34 PS, Motor u. Getriebe okay, fahrbereit. 100 Mark. Tel. 335 98 82 ab 20 Uhr.

ALLEINSTEHENDE Väter m. Kind(ern) gesucht, die Interesse haben, gemeinsam etwas zu unternehmen (Probleme bereden, bei Kinderversorgng. helfen, Isolierung ansatzweise aufheben, gemeins. Wohnprojekt erarbeiten) Tel. 854 63 34.

WG: 1 m (24), 2 w (25 u. 27), alle im pädagog. Bereich tätig, suchen männl. Mitbewohner, mögl. berufstätig, zum 1.3.76. Chiffre: Berufstätigkeit.

MFG gesucht nach Süddeutschland (Stuttgart, Freiburg bevorzugt) m. BKB am 16./17.2. Falls jemand direkt nach Zürich fährt, wär's noch besser! Tel. 691 62 07 Eva.

DAMENKLEIDUNG Gr. 38/40 mod. u. zeitlos, neuwertig zu verkaufen; meistens abends: 881 64 98

LETTEVEREIN: Wer hat die Aufnahmeprüfung für die Letteschule (Fotokurs) gemacht ? Wer kann mir darüber Informationen geben? Tel. 305 4028 od. 302 36 73.

SUCHE Putzjob. Arbeitszeit nach Vereinbarung. Tel. 693 66 95 am besten abends.



„HAU DEN LUKAS" ab 6 J.

Fr./Sa. 15.00 Uhr.
Vorbestellungen: 821 00 20

SOFORT-FERNSEHDIENST Jorga repariert preiswert, Materialgarantie, Anfahrt 10 DM o. Gerät herbringen. Tel. 686 40 21, 1-44, Weserstr. 165. Mo.-Sa. 9-21 Uhr. Gute Gebrauchte, z.T. Color, m. Garantie vorrätig.

BADEHAUS, **FINNIA-SAUNA,** 2 Saunen, Schwimmhalle, Tauchbecken, Gaststätte, Sportraum, Dachgarten, Tageskarte: 9,-, Studenten 7,-. Täglich 14-2 Uhr nachts. Montags ab 21 Uhr, Saunajazz, Johann-Georg-str. 7(Halensee), Tel. 885 88 81.

WIR (28 w, 27 w, 29 m und 7 w) suchen Mann oder Frau mit etwa gleichaltrigem Kind für neugegründete, undogmatische Wohngemeinschaft. Tel. 796 61 22 od. 302 74 71 (Karla verlangen)

SCHLESWIG/Holstein-Osterurlaub auch für größere Gruppen. Tel. 04641-8350.

TRANSPORT-Kollektiv macht Umzüge, Schuttabfuhr, Entrümpelungen, Wohnungsauflösungen, VW-Bus 15,-/Std. großer Transit 18,-/Std., geräumige Mercedes-LKW ab 20,-/Std. Fahrer hilft tragen. Zusätzl. Träger 10,-/Std. BRD nach Vereinbarung. Tel. 785 61 53/614 30 02/805 17 05.

EKG sucht noch bis zu 4 Kinder oder Restgruppe im Vorschulalter. Tel. 87 70 61.

Z A P F macht Umzüge aller Art, Transporte, Entrümpelungen. Kostenvoranschläge umsonst. Mietwagenvermittlung. Prozente!! Tel. 624 86 60.

DREHSCHEIBE



DIE KNEIPE FÜR MENSCHEN, DIE MITEINANDER GUT REDEN, GUT TRINKEN, GUT ESSEN WOLLEN

GEÖFFNET MONTAG BIS DONNERSTAG AB 18 UHR, FREITAG BIS SONNTAG AB 20 UHR

WG, m 22, m 23, w 21, Stud.Soz., Soz./VWL, Germ., sucht 2. w. Helles Zi. (14 qm), schöner Ofen, Miete 62 DM + Nebenkosten u. Renov.-Beteiligung (450,–), Raten mögl. WG-Raum! Wir wohnen seit 1/2 J.zus. Alles ‚Nicht-Technische'. Tel. 782 60 63, Bori, Detlef, Regina. Außerdem VW-Bus zu verkaufen.

LEHRERIN m. 4j. Sohn sucht dringend 2 Zi. in WG. (Mögl. m. gleichaltrigem Kind). Tel. 751 60 56.

1/2" VIDEO-Anlage gebraucht od. günstig neu zu kaufen gesucht. Außerdem Beaulieu 4008 ZM2 Angenieu ohne Rückspul zu verkaufen. Tel. 781 36 04.

NACH langer schwerer Krankheit verstarb am Freitag, dem 6. Februar 1976 die letzte Hoffnung der SPD/F.D.P. in Niedersachsen, noch einen Ministerpräsidenten aus den eigenen Reihen zu wählen. Die Kurzdiagnose der engagierten Kräfte lautet: Falsche Politik im Bereich der Sicherheitspolitik, **der Bundespolitik und** der Landespolitik sowie ein falsches soziales Reformprogramm. Im Interesse der SPD/F.D.P. sollte nunmehr die CDU als Alternative gewählt werden, schon um damit das Nachdenken zu verstärken. Somit sei festzustellen, daß die einzigste Alternative nur noch CDU sei. Sozialisierung führt schon im Ansatz zu Negationen in der Bevölkerung. Darum für Demokratie und freie und soziale Marktwirtschaft. Gegen Bevormundung, die die Bevölkerung doch nicht versteht. CDU muß in die Regierung – und das nicht nur in Niedersachsen, weil dies die einzigste Alternative ist, um die SPD/F.D.P. im Nachdenken zu stimulieren. Darum laßt uns fröhlich helfen, damit die CDU siegreich den Bundestagswahlkampf bestreitet. Wer diese Meinung nicht vertritt, sollte sich dann aber auch nicht wundern, daß die SPD unter die 40 % fällt. Wer diese Meinung vertritt, schreibe an: Hartmut Seiffarth, Mindener Str., 1–10.

KRANKENSCHWESTER sucht dringend 2-3-Zi.-Whg. für 400,- Tel. 881 35 49/Cremer.

FINNLAND! Ferienhäuser am See mit Sauna und Boot durch Finnin zu vermieten. Auch für größere Gruppen. Ferienhäuser in Finnland, Berlin 62, Merseburger Str. 2. Tel. 784 89 83.

KINDERGRUPPE sucht noch Kinder (3-5J.) ganztags. Nähe Fehrbelliner Platz, erfahrene Erzieherin vorhanden. Tel. 861 64 65, tägl. 8,30-16.30 h.

TAXIFAHRER-Aushilfen und Studenten gesucht! Tag (Nacht) stundenweise auf neuen Mercedes-Automatic-Taxen m. 69er Funk, Ablösung Ku-Damm. Tel. 883 91 25, mo-fr. 19-21h, Hans, Peter, Michael.

EKG (im TU-Kinderhaus) sucht 21/2-3jähriges Kind. Elternmitarbeit erforderlich und TU-Zugehörigkeit erwünscht. Tel. 88 .64 954/ 390 23 77

GEBE Englisch + Deutsch Nachhilfeunterricht! Verkaufe außerdem einige Sachen wie Judoanzug, Lederjacke usw. Tel 612 63 86 nach Heidi fragen.

WIR SIND ÜBERALL AUF DER ERDE
Übernehmen Renovierungen, Holz- (Hochbetten), Klempner, Fliesen u. Elektroarbeiten. Tel. Mo.-Fr. 18-20 Uhr, 782 49 77.

AUTOVERMIETUNG an Selbstfahrer, **Ford Transit** od. VW-Pritsche, Std. 7 DM + Benzin, nach Westdeutschland nur km-Geld (je km: 0,25 DM). Tel. 784 77 80. VW Golf pro Tag 30,-, je km 0,20 DM + 11 % MWSt.

BERLINER JOURNAL

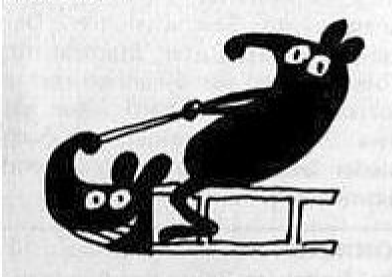


KINDERBUCHLADEN IN KREUZBERG ERÖFFNET

Seit gestern existiert in Kreuzberg ein „Kinderbuchladen". Warum? „Kinderbücher gibt es nur in einigen Bezirken der Innenstadt", sagen die Initiatoren. Kinder- und Jugendbücher würden in Kreuzberg nur in großen Kaufhäusern angeboten. „Und dort gibt es nicht die größte Auswahl und auch nicht unbedingt die besten Bücher."

Das Geschäft soll eine Marktlücke schließen, aber auf Non-Profit-Basis. Die Initiatoren sind Leute verschiedenster Berufe, die sich für Kinderbücher interessieren und der Auffassung sind, daß die Lektüre dieses Genres kein Privileg „besserer Bürgerkinder" sein sollte. Die Preise sind entsprechend kalkuliert. 2 Mark 80 kostet das billigste Buch, Taschenbücher bestimmen das Sortiment mit.

Geöffnet ist der „Kinderbuchladen" in der Großbeerenstraße 28 b (Tel. 786 38 69) täglich von 10 - 18 Uhr, Sonnabend von 10 bis 13 Uhr. Devise des Kollektivs: „Mal reinschaun!"



FU-PUBLIZISTEN DOKUMENTIEREN: VIER WOCHEN OHNE GLOTZOPHON

Was passiert, wenn der Mensch dem Medien-Gift Fernsehen vier Wochen lang entwöhnt wird? Antwort auf diese Frage gibt ein Kollektiv Westberliner Publizistik-Studenten in der medienkritischen Reihe des ZDF „betrifft fernsehen" am Dienstag, 23. Februar, 19.30 Uhr.

Die in der Ausbildung befindlichen Journalisten, die für das ZDF-Kennzeichen D und die ARD-Reihe „Vor Ort" in den letzten fünf Semestern insgesamt fünf Beiträge lieferten, stellten für ihre neue Produktion im Sommer letzten Jahres erste Untersuchungen an. Sie werteten TV-Programme aus und testeten in einem Vorversuch eine Familie, die eine Woche lang ohne Glotze auskommen mußte. Im Wintersemester wurden über eine Zeitungsannonce zwei Arbeiterfamilien gefunden, die bereit waren, ihre Freizeit vier Wochen lang ohne Fernsehen zu verbringen. Während dieser Zeit machte ein Studententeam an Stichtagen Video-Aufnahmen, aus deren Material — insgesamt über 20 Stunden — die Sendung zusammengestellt wurde. Die Dokumentation dieses Experiments wird durch Aufnahmen am Arbeitsplatz und von Fernsehgewohnheiten ergänzt.

ARBEITSGEMEINSCHAFT BERLINER CHRISTEN FÜR PFARRER BURGHARDT

„Es geht um nichts Geringeres als darum, ob wir die Kirche Jesu Christi sind, die nur ihn zum Herrn hat oder ob wir daneben noch andere Herren in der Kirche haben."

Das ist der Kernsatz einer Attacke der Arbeitsgemeinschaft Berliner Christen gegen die „Rechten" in der Führung der EKD zu Westberlin, darunter Rassisten wie Winterhager, politische Reaktionäre wie Besser oder Polizeivizepräsident Pfennig.

„Jede Predigt, jede Bibelstunde über das Gebot ‚Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten',"heißt es in der Epistel „Gerechtigkeit für Kornelius Burghardt (ED 4/Y)„wird zum Ergebnis haben, daß Rufmord eine schlechte Sache ist, daß die Kirche auf die Seite der zu Unrecht Rufgemordeten gehört, daß sie die Wahrheit wiederherstellen muß."

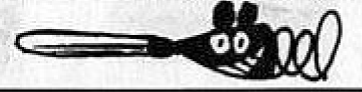
Noch jetzt bleibe Kirchenfunktionär Pfennig bei seiner Behauptung, Burkhardt habe „schwere innerkichliche Konflikte ausgelöst". Das sei die Meinung „Haltet den Dieb. Die schwere Krise der Berliner Kirche haben die ausgelöst, die ihre falschen Beschuldigungen als Wahrheit ausgaben."

SENAT SPART UNSUMMEN EIN

Der Senat, großzügig in der Konzeption städtischer Renommierprojekte wie Autobahn, Kreisel oder Kongreß-Zentrum, spart neuerdings an Papier in seinem Landespressedienst. Statt wie bisher einseitig zu bedrucken, finden sich jetzt auch auf der Rückseite der Blätter die so informativen „Notierungen der Schweingehälften", die großen Antworten auf die Kleinen Anfragen, die Geburtstagsgratulationen für Berlin-verdiente Politiker (bei Frauen — charmant, charmant — keine Altersangabe) und die berüchtigten Reden des Regierenden („Leider war die DDR (auf der Grünen Woche. ED) auch diesmal wieder nur mit Polemik dabei. Wir nehmen das nicht tragisch).

KRESSMANN-ZSCHACH WIEDER IM GESCHÄFT?

Westberlins Skandal-Architektin Sigrid Kressmann-Zschach soll wieder groß im Geschäft sein, hört man aus Westberliner Bezirksämtern, wo man sich über die Hintergründe des Wiederflorierens der Pleite-Architektin des „Steglitzer Kreisel" nicht informiert zeigt, aber mit Andeutungen nicht sparsam ist. Derzeit soll die Kressmann-Zschach insgesamt sechs größere Projekte in Westberlin im Griff haben. Beispielsweise baut sie an der Flughafenstraße mit öffentlichen Geldern.

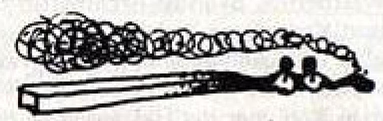


OSTBERLINER INTERFLUG: MEHR PASSAGIERE

Das vergangene Jahr war das bisher erfolgreichste für den zivilen Luftverkehr der DDR seit Aufnahme des internationalen Linienflugverkehrs vor zwanzig Jahren. Das teilte Interflug-Chef Kurt Dietrich in Ostberlin mit. Bis 1975 habe die Gesellschaft nahezu 1,14 Millionen Passagiere befördert, über 10% mehr als im Vorjahr. Die Auslastung der Flugzeuge mit Passagieren sei von 55,1% im Jahr 1974 auf 63,9% im letzten Jahr gestiegen. Das gegenwärtige Streckennetz umfaßt 82 000 Kilometer und fünfzig Fluglinien. Angeflogen werden 40 Städte auf vier Kontinenten.

OSTBERLINER MÜTTER KEINE AKTIVISTEN?

Die Leistungen berufstätiger Mütter in der DDR-Wirtschaft würden nur ungenügend gewürdigt, hat die Ostberliner Frauenillustrierte „Für Dich" kritisiert. Beispielsweise würden berufstätige Mütter bei der Auszeichnung als Aktivist regelmäßig übergangen, weil sie wegen der Doppelbelastung durch Beruf und Familie keine gesellschaftliche Arbeit in politischen oder anderen Organisationen leisten könnten. Die Zeitschrift wies darauf hin, daß der Kindererziehung große gesellschaftliche Bedeutung zukomme. Wenn eine Frau gut arbeite und ihre Kinder gut erziehe, müsse sie dafür auch Aktivist werden und die damit verbundene Prämie erhalten können. Dieses Problem habe man „bisher zu einseitig gesehen", erklärte „Für Dich".



BERLINER JOURNAL



AUGENWISCHEREI AN VIELEN BAUSTELLEN

In den letzten Tagen stellte die Westberliner Bauverwaltung an zahlreichen Baustellen der Stadt bunte Reklameschilder auf, auf denen zu lesen ist, daß die betreffende Straßenerneuerung, Verlegung von Rohren oder ähnlichem, dank dem „Konjunkturankurbelungsprogramm" von Bundesregierung und Senat durchgeführt werde. An einigen Baustellen wirken die Schilder nicht nur auf die Anwohner komisch. Beispiel Wilmersdorf, Gebiet Düsseldorfer Straße. Hier wird seit ungefähr drei Jahren gebuddelt. Seit drei Tagen aber wird — per Reklamerschild — behauptet, das „Konjunkturankurbelungsprogramm" sei Ursache der Buddelei. Im Gebiet Düsseldorfer-Emser-Pfalzburger-Straße wurde mit dem Bau freilich begonnen, als die Konjunktur noch in voller Blüte stand...

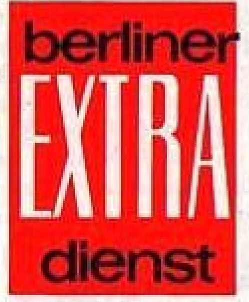


AUFLAGE: 7 300 Expl.

NEUER NOFU-GESCHÄFTSFÜHRER

Die „Notgemeinschaft für eine Freie Universität" (NoFU) hat einen neuen Geschäftsführer. Der frühere Zehlendorfer Stadtrat für Volksbildung, der 50jährige rechte Sozialdemokrat Gerhard Jäger hat Uwe Schipper abgelöst, der sich wieder (als Studienrat) der Jugend widmen will.

DONNERSTAG, 12. Februar, 13 Uhr, findet im Raum des Akademischen Senats im Henry-Ford-Bau (FU) eine Informationsveranstaltung für jene Studenten statt, die nach dem 1.4.1976 keine Darlehen aus dem BAFÖG mehr erhalten — es sei denn, sie klagen Unterstützung bei ihren Eltern ein.



IMPRESSUM: berliner EXTRA dienst. Herausgegeben von der Verlag + Druck informdienst GmbH Westberlin, 1000 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20.
Redaktion: Carl L. Guggomos (verantwortlich), Walter Barthel (Bonn), Martin Buchholz, Rainer Hachfeld, Rudolf Schwinn (Bonn), Horst Tomayer. Verlagsleitung: Ingeborg Guggomos.
Telefon (Redaktion, Verlag, Anzeigen, Vertrieb): 030/861 21 89. Telefon (Druckerei, Composerbüro): 030/861 29 14. Fernschreiber: 18 44 19 extra d.
Kioskvertrieb: Neuer Medienvertrieb, Telefon 753 50 16 / 693 36 42
Bonner Redaktion: 53 Bonn, Heussallee 2-10, Pressehaus II, Zimmer 101
Telefon 02221/22 42 80
Konto: Verlag + Druck GmbH, PSK Berlin-West 8521 — 108